

# kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik



KINDER UND KINDERBETREUUNG  
SPEKTRUM  
BUCHTIPPS  
VERANSTALTUNGEN

<b>Kinder und Kinderbetreuung</b>	
Familiäre Lebensformen in Österreich	4
Ausbau der Kinderbetreuung beschlossen	6
Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung	9
Lebenswelten von Mädchen im Linzer Franckviertel	12
Situation von Kindern mit Migrationshintergrund	18
Wenn Kinder nicht bei ihren leiblichen Eltern aufwachsen	22
<b>Spektrum</b>	
Büchereien: Auslaufmodell oder Zukunftsprojekt?	26
Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung – Alternativen zur Sachwalterschaft	31
<b>Buchtipps</b>	33
<b>Veranstaltungen</b>	35

## Wahlfreiheit und partnerschaftliche Aufgabenteilung

*In der Debatte um Kinderbetreuung ist viel von „Wahlfreiheit“ die Rede – traditionellerweise (aber oft unausgesprochen) ist damit jene der Mutter gemeint, die es sich aussuchen können soll, ob sie lieber zu Hause bleibt und ihr/e Kind/er betreut oder – in Teilzeit oder ganztägig – berufstätig ist. In einer modernisierten (und erweiterten) Version kann Wahlfreiheit nur bedeuten, dass sich beide Elternteile frei entscheiden können, wie sie die Kinderbetreuung organisieren: wer von beiden bzw. welche externe Instanz wie viel davon übernimmt bzw. wie familiäre Aufgaben und Erwerbstätigkeit unter einen Hut gebracht werden können. Angestrebt werden soll dabei eine partnerschaftliche, ausgewogene Arbeitsteilung, die nicht einem Elternteil (in der Regel der Mutter) alles aufbürdet.*

*Die gesellschaftliche Wirklichkeit sieht einstweilen noch anders aus: Stellt man auf die Berufstätigkeit ab, so erkennt man, dass hierzulande das „klassische Familienmodell“ – der Mann arbeitet Vollzeit, die Frau geringfügig oder Teilzeit – dominiert. Haushalte, in denen die Frau Vollzeit und der Mann Teilzeit arbeitet, sind hingegen rar, ebenso Partnerschaften, in denen beide Elternteile teilzeitbeschäftigt sind. Auch*

*der Trend in Richtung Doppelverdienermodell – beide Partner arbeiten Vollzeit – ist in Österreich im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern rückläufig (vgl. Beitrag S. 4).*

*Die Gründe hierfür sind vielfältig, mitverantwortlich ist sicherlich, dass es immer noch Lücken in der institutionellen Kinderbetreuung gibt. Dies hat offensichtlich auch die Regierung erkannt. In einer Bund-Länder-Vereinbarung wurde daher die Bereitstellung von 305 Millionen Euro für den weiteren Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen beschlossen. Die Vereinbarung, die auf ein besseres Angebot für die Betreuung unter Dreijähriger, auf das Schließen regionaler Lücken und auf mehr ganztägige Einrichtungen abzielt, wurde von allen Parteien mitgetragen. Kritik wurde vor allem daran geübt, dass die zulässigen Jahres-Schließzeiten nach wie vor zu lange sind und die Eltern damit insbesondere in der Ferienzeit oft vor gravierende, kaum lösbare Probleme stellen (vgl. Beitrag S. 6).*

*Aber auch die betrieblichen Voraussetzungen müssen gegeben sein, um partnerschaftliche Betreuungsarrangements zu ermöglichen. Ein wesentlicher Punkt dabei ist die Familienfreundlichkeit der Arbeitszeiten. In einer Studie von L&R Sozialforschung sehen immerhin 43 Prozent der Befragten diese als gegeben an. Doch es gibt auch Problembereiche: So muss knapp die Hälfte der Väter in Vollzeitbeschäftigung regelmäßig Überstunden leisten, vor allem dann, wenn die Partnerin nicht erwerbstätig ist. Rund die Hälfte der Beschäftigten arbeitet am Abend, am Wochenende oder in Schicht- oder Turnusdiensten und für ein Drittel der Befragten ist die Arbeitszeit oft nicht im Vorhinein bekannt, was die Planung und Koordination betreuender Aufgaben massiv beeinträchtigt (vgl. Beitrag S. 9).*

*Die – mitunter geäußerte – Annahme, dass zusätzliche Betreuungsmöglichkeiten durch die Bevölkerung nicht angenommen würden, wird durch die Befragung nicht bestätigt. Insbesondere bei der institutionellen Ganztagesbetreuung klaffen Angebot und Nachfrage weit auseinander, vor allem AlleinerzieherInnen würden sich hier mehr Angebote wünschen. Diesem Ansinnen sollte ehestmöglich Rechnung getragen werden, meint*

Ihre  
Kontraste-Redaktion



**Jahreskonferenz am 21. November 2014**

**TECHNIK UND MENSCHLICHKEIT  
AAL Ambient Assisted Living und  
Assistierende Technologien im Bereich  
Pflege und Behinderung**

Tagungsort

Residenz zu Salzburg, Rittersaal  
Residenzplatz 1, 5020 Salzburg

Informationen unter [www.oeksa.at](http://www.oeksa.at)

Anmeldung erforderlich

Österreichisches Komitee für Soziale Arbeit  
Geigergasse 5-9, 1050 Wien  
[office@oeksa.at](mailto:office@oeksa.at)  
Tel: 01-548 29 22  
Fax: 01-545 01 33

## Familiäre Lebensformen in Österreich

Laut Berechnungen der Statistik Austria lebten 2013 in Österreich insgesamt 2.352.000 Familien, darunter 949.000 Paare (40,4%) ohne im gemeinsamen Haushalt lebende Kinder.<sup>1</sup> 154.000 Mütter und 19.000 Väter waren AlleinerzieherInnen von Kindern unter 27 Jahren. Die Mehrheit der Mütter ist erwerbstätig, vorwiegend in Teilzeit.

Von 1985 bis 2013 nahm die Zahl der Familien in Österreich um 15 Prozent von 2.052.000 auf 2.352.000 zu. Im gleichen Zeitraum verringerte sich die Zahl der Familien mit Kindern unter 15 Jahren von 835.000 auf 760.000. Die durchschnittliche Anzahl der Kinder pro Familie blieb dabei jedoch annähernd unverändert. Lebten 1985 durchschnittlich 1,64 Kinder unter 15 Jahren in jeder Familie, waren es 2013 1,59 Kinder.

Die Alterung der Bevölkerung bewirkt eine Zunahme der Zahl von Paaren, deren Kinder den gemeinsamen Haushalt bereits verlassen haben. So sind für Frauen ab der Altersgruppe von 55 bis 59 Jahren Partnerschaften ohne im Haushalt lebende Kinder die am weitesten verbreitete Lebensform (45,3% aller Frauen), bei Männern trifft dies ab der Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen zu.

### Stabil hohe Teilzeitquoten bei Frauen mit Kindern

Laut der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung sind zwei Drittel aller Mütter mit Kindern unter 15 Jahren erwerbstätig; 73,7 Prozent davon in Teilzeitarbeitsverhältnissen. Auffällig dabei sind die regionalen Unterschiede: Arbeiteten in Wien 56,2 Prozent aller erwerbstätigen Frauen mit Kindern unter 15 Jahren in Teilzeit, waren es in den westlichen Bundesländern Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg über 80 Prozent.

Gestaffelt nach dem Alter des jüngsten Kindes ging im österreichischen Durchschnitt etwas mehr als die Hälfte aller Mütter mit Kindern unter 6 Jahren einer Erwerbstätigkeit nach, rund 80 Prozent davon aller-

dings in Teilzeitbeschäftigung. Ab dem Zeitpunkt, an dem das jüngste Kind das schulpflichtige Alter erreicht, nimmt die Erwerbsbeteiligung von Frauen deutlich zu: 2013 lag sie bei Müttern von Kindern zwischen 6 und 14 Jahren bei rund 82 Prozent. Auch das Ausmaß der Erwerbstätigkeit erhöhte sich bei dieser Altersgruppe, wie die niedrigere Teilzeitquote von knapp 70 Prozent zeigt.

Die Analysen zeigen zudem die höhere ökonomische Notwendigkeit für Alleinerzieherinnen, sich in größerem Umfang am Arbeitsmarkt zu beteiligen. So war die Teilzeitquote bei Frauen in Ein-Eltern-Familien mit 65,7 Prozent wesentlich niedriger als bei Frauen in Partnerschaften (75%; vgl. Tabelle 1).

### Klassisches Familienmodell dominiert weiterhin

Wie aktuelle Untersuchungen des Instituts für Soziologie an der Universität Wien zeigen, ist in Wien der Anteil der Haushalte mit „klassischem Familienmodell“ – der Mann arbeitet Vollzeit, die Frau geringfügig oder Teilzeit – zwischen 1995 und 2013 von 11 auf 25 Prozent gestiegen. Der Anteil der nicht erwerbstätigen Mütter ging im selben Zeitraum fast um die Hälfte zurück. Diese kehrten nach der Karenz häufiger auf den Arbeitsmarkt zurück und wechselten vor allem in Teilzeitbeschäftigungen. Haushalte, in denen die Frau Vollzeit arbeitet und der Mann die Teilzeitvariante übernimmt, bewegen sich dagegen auf einem Niveau von zwei Prozent. „Österreich hat hier einen Sonderstatus und ragt im europäischen Vergleich heraus“, analysiert Roland Verwiebe, Vorstand am Institut für Soziologie der Universität Wien, Ergebnisse aus mehreren Untersuchungen.

In Deutschland und anderen Ländern wie Frankreich und sogar im konservativ-katholisch geprägten Spanien weise der Trend in Richtung Doppelverdienermode – beide Partner arbeiten Vollzeit – weiter nach oben. „In Österreich ist diese Tendenz eher fallend“, so Verwiebe gegenüber ORF.at. Auch wenn es um die Idee der Gleichberechtigung von Mann und Frau eine politische Auseinandersetzung gebe, spiegle sich das in Österreichs Haushalten weniger wider, als man erwarten würde, analysiert der Soziologe.

Teilzeit sei nicht nur in Österreich auf dem Vormarsch, konstatiert auch Arbeitsmarktpertin Ulrike Famiara-Mühlberger vom Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) im ORF-Interview. Auch in Skandinavien gebe es hohe Teilzeitraten von Frauen – aber mit einem Schnitt von mindestens 30 bis 35 Stunden und mit einem Recht auf einen Kinderbetreuungsplatz. In Öster-

<sup>1</sup> Als Familie im Sinne der Familienstatistik gelten Ehepaare und Lebensgemeinschaften mit oder ohne im gemeinsamen Haushalt lebende Kinder sowie Ein-Eltern-Familien.

Tabelle 1: Erwerbsbeteiligung 2013 von Müttern mit Kindern unter 15 Jahren

	insgesamt	Erwerbstätige (ohne Karenz)	Erwerbstätigenquote	Unselbständig Erwerbstätige (ohne Karenz)	Davon: Teilzeit	Teilzeitquote
	in 1.000		in %	in 1.000		in %
<b>Frauen insgesamt</b>	<b>750,6</b>	<b>501,4</b>	<b>66,8</b>	<b>440,6</b>	<b>324,6</b>	<b>73,7</b>
Jüngstes Kind unter 6 Jahre	366,2	186,8	51,0	163,7	131,8	80,5
Jüngstes Kind 6 bis 14 Jahre	384,4	314,7	81,9	276,9	192,7	69,6
<b>Mütter in Partnerschaft lebend</b>	<b>646,8</b>	<b>430,7</b>	<b>66,6</b>	<b>376,0</b>	<b>282,2</b>	<b>75,0</b>
<b>Mütter in Ein-Eltern Familien</b>	<b>103,8</b>	<b>70,7</b>	<b>68,1</b>	<b>64,5</b>	<b>42,4</b>	<b>65,7</b>

Quelle: STATISTIK AUSTRIA. Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2013. – Internationale Definition des Erwerbsstatus nach dem ILO-Konzept. Die hier präsentierten Zahlen zu Teilzeitarbeit basieren auf der direkten Frage nach Teilzeitarbeit.

reich liege die Stundenanzahl bei Teilzeit im Schnitt bei weniger als 30 Stunden pro Woche.

#### Längste Betreuungsgeldvariante bevorzugt

Als mögliche Erklärungsmuster für die Entwicklung in Österreich nennt Verwiebe einerseits das Angebot an Kinderbetreuung, andererseits die gesellschaftliche Akzeptanz. Auch wenn gerade in Wien von politischer Seite viel in die Kinderbetreuung investiert werde, gebe es Nachholbedarf. Besonders auf dem Land sei die Versorgung mit Betreuungsplätzen, die eine Erwerbstätigkeit beider Seiten ermöglichen, gering. „Österreich hat im europäischen Kontext mit die geringsten Betreuungsquoten vor allem bei kleinen Kindern. Das verhindert eine volle Erwerbstätigkeit von beiden Eltern.“

Besser sei die Situation bei den Drei- bis Fünfjährigen, allerdings mit großen Unterschieden zwischen den Bundesländern. So werden etwa in der Steiermark 27 Prozent der Kinder ganztätig betreut, in Wien sind es 53 Prozent. Schon mit dem Schulalter beginne in Österreich das Betreuungsproblem von Neuem, so Famira-Mühlberger. Denn auch hier fehle es an hochwertigen Betreuungseinrichtungen: Kürzere Karenzzeiten wie etwa in Form des einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeldes erachtet die WIFO-Expertin als „wichtig in Bezug auf die Arbeitsmarktperspektive“. Der springende Punkt sei aber „die tatsächliche Verfügbarkeit von qualitativ guter Betreuung“.

Die im internationalen Vergleich geringere Betreuung der unter Dreijährigen spiegelt sich auch in der Auswahl der Kinderbetreuungsgeldvariante wider. In Österreich entscheiden sich rund 40 Prozent für die längste Variante von insgesamt 36 Monaten (30+6), die unter den Eltern aufgeteilt werden müssen. Die kürzeste Variante von 14 Monaten (12+2) wählen hingegen knapp fünf Prozent, in der einkommensabhängigen Form etwa 20 Prozent, zeigen Zahlen des Familienministeriums.

#### Gleiche Aufteilung der Kinderbetreuung kaum umgesetzt

Das Betreuungsangebot ist ausbaufähig, doch offen bleibt, wie stark zusätzliche Angebote angenommen würden. „Österreich ist Spitzenreiter bei der kollektiven Ablehnung und ausgeprägtem Skeptizismus, was die Erwerbstätigkeit von Müttern mit kleinen Kindern betrifft“, betont Soziologe Verwiebe. Die Idee, dass Frauen, die kleine Kinder haben, erwerbstätig und sogar Vollzeit tätig sind, werde von einer Mehrheit der Österreicher abgelehnt. Rund 60 Prozent sind der Meinung, dass ein Vorschulkind leidet, wenn die Mutter arbeitet. In Frankreich sind das 30 Prozent, in Spanien 43 und in Deutschland 47 Prozent, zeigen Untersuchungen von Verwiebe und der Soziologin Caroline Berghammer. Die Ablehnung arbeitender Mütter gehe aber international zurück.

So groß die internationalen Unterschiede bei der Erwerbstätigkeit von Frauen auch sind, die von Verweise als Doppelversorgermodell bezeichnete gleiche Aufteilung der Kinderbetreuung wird in einem Vergleich von Österreich mit Spanien, Frankreich, Deutschland und Großbritannien nur von durchschnittlich 17 Prozent der Familien mit zwei Vollzeit erwerbstätigen Eltern umgesetzt - mit geringen Unterschieden zwischen den untersuchten Ländern. Auch voll berufstätige Mütter investieren der internationalen Ver-

gleichsstudie zufolge mehr Zeit in Haushalt und Kinderbetreuung als ihre Partner, die gesamte Arbeitslast sei somit höher. Dieser Umstand könne den SoziologInnen zufolge mit erklären, warum sich das Modell von zwei Vollverdienern in einer Familie noch nicht stärker durchgesetzt hat.

*Quellen: Statistik Austria, Pressemitteilung vom 24.03.2014; <http://orf.at>, 10.06.2014*

## Ausbau der Kinderbetreuung beschlossen

Der Bund wird zwischen 2014 und 2017 trotz Budgetproblemen weitere 305 Millionen Euro für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen bereitstellen. Die entsprechende Vereinbarung mit den Bundesländern, die Ende Juni im Ministerrat beschlossen wurde, fand einhellige Zustimmung im Nationalrat. Je 100 Millionen Euro sollen in den Jahren 2014 und 2015 fließen, für 2016 und 2017 sind jeweils 52,5 Millionen Euro vorgesehen. Zu den Voraussetzungen für die Freigabe der Mittel zählen eine Kofinanzierung durch die Länder und die Erfüllung von Qualitätsvorgaben.

Die Bund-Länder-Vereinbarung zielt auf ein besseres Angebot für die Betreuung unter Dreijähriger, auf das Schließen regionaler Betreuungslücken und auf mehr ganztägige Einrichtungen ab. 30.000 zusätzliche Plätze für Kinder dieser Altersgruppe erwartet die Regierung. Damit soll das „Barcelona-Ziel“ - eine Betreuungsquote von einem Drittel der unter Dreijährigen - erreicht werden.

Die Förderhöhe für neu geschaffene Plätze hängt unter anderem von den Öffnungszeiten ab. Mit jährlich maximal 2.000 Euro pro zusätzlichem Betreuungsplatz werden halbtägige Angebote gefördert, die

mindestens 45 Wochen im Jahr und 20 Stunden pro Woche geöffnet sind. Ganztägige Kinderbetreuung (mindestens 45 Wochen im Jahr und 30 Stunden pro Woche geöffnet) bekommt 3.000 Euro jährlich. Gefördert werden auch die Verbesserung des Betreuungsschlüssels, generations- und gemeindeübergreifende Projekte sowie Tageseltern. Neue Plätze, die sich mit einer Vollbeschäftigung der Eltern vereinbaren lassen (mindestens 47 Wochen im Jahr und 45 Stunden pro Woche) werden mit jährlich 4.500 Euro unterstützt.

Die Länder müssen die Bundeszuschüsse kofinanzieren, wobei als Beitrag im Jahr 2014 50 Prozent, 2015 45 Prozent, 2016 40 Prozent und 2017 35 Prozent des Zuschusses vorgesehen sind, d.h. der Länderbeitrag sinkt kontinuierlich. Aufgeteilt wird das Geld nach dem Anteil der unter Dreijährigen pro Bundesland.

### Regierung zufrieden

Bundeskanzler Faymann wertete den Pakt mit den Ländern zur Kinderbetreuung als weiteres Zeichen dafür, wie wichtig der Regierung dieses Anliegen ist. Eigentlich sei das Thema Sache der Länder. Nun seien aber zusätzlich Mittel sichergestellt. Vizekanzler Spindelegger sprach von „durchaus anspruchsvollen Verhandlungen mit den Bundesländern“. Klar gewesen sei, dass man für die unter Dreijährigen mehr Plätze benötige. Trotz aller budgetären Schwierigkeiten habe man hier einen Durchbruch erzielt.

Auch die beiden zuständigen Ministerinnen - Familienministerin Sophie Karmasin (ÖVP) und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) - zeigten sich nach vorangegangenen Differenzen in einer gemeinsamen Aussendung „erfreut“. Der Beschluss lege „den Grundstein für eine bessere Vereinbarkeit für berufstätige Mütter und Väter“. Karmasin verwies besonders auf die Wahlfreiheit. Heinisch-Hosek wie-

derum sprach von einem „wirklich großen Wurf“. Sie verwies vor allem auf längere Öffnungszeiten. Die Höhe der Förderung sei an die Dauer der Öffnungszeiten gekoppelt. Das sei ein „wichtiges Signal“. Die ursprüngliche Mindestöffnungszeit war auf Drängen der Länder von 47 auf 45 Wochen gekürzt worden.

In den letzten Verhandlungsrunden war der Bund den Ländern nicht nur bei der Mindestöffnungszeit entgegengekommen. Vor allem wurde der Anteil jener Mittel gesenkt, die verpflichtend in den Ausbau der Betreuung von unter dreijährigen Kindern investiert werden müssen: Statt 25 Prozent dürfen jetzt 35 Prozent der Mittel in zusätzliche Plätze für Drei- bis Sechsjährige gesteckt werden. Auf Drängen der SPÖ verfallen die Bundesmittel nicht zu Jahresende, sondern können auch im nächsten Jahr innerhalb der Periode „abgeholt“ werden.

### Überwiegend positive Bewertung im Parlament – trotz ideologischer Differenzen

In der Parlamentsdebatte beurteilten SprecherInnen aller Fraktionen den Ausbau der nunmehr als „Bildungseinrichtungen“ anerkannten Kindergärten und Krippen positiv. Einmal mehr kamen beim Thema Kinderbetreuung und Kindererziehung aber auch ideologische Differenzen zur Sprache. Die FPÖ drängte mit einem Entschließungsantrag auf eine stärkere Förderung der innerfamiliären Kinderbetreuung, zwei Initiativen der NEOS richteten sich auf einen verbindlichen Qualitätsrahmenplan für elementarpädagogische Einrichtungen und auf einen Etappenplan zur Einführung eines Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung im 1. Lebensjahr sowie auf eine Ausbildung von ElementarpädagogInnen auf tertiärem Niveau. Die Entschließungsanträge blieben in der Minderheit und wurden abgelehnt.

Die Debatte eröffnete der ÖVP-Abgeordnete Georg Strasser mit der Feststellung, 2014 sei ein gutes Jahr für die Familien. BürgermeisterInnen und LandespolitikerInnen sollten nun die Chance nutzen, um im Dialog mit den Familien den Ausbau der Kinderbetreuung voranzutreiben und die Tageseltern in das Betreuungssystem einzubeziehen. Als konkretes Beispiel brachte Strasser die Einrichtung eines Pendlerkindergartens im Tullnerfeld als Gemeinschaftsprojekt mehrerer Gemeinden. In der Familienpolitik sei aber noch viel zu tun, sagte Strasser, der u.a. für vermehrte steuerliche Anreize für Familien plädierte.

Die SPÖ-Abgeordnete Angela Lueger sieht in der Vereinbarung einen weiteren Schritt zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Familien und zur besse-

ren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie bekannte sich zu dem Ziel, für 33 Prozent der unter Dreijährigen Betreuungsplätze anzubieten. Dass Betreuungseinrichtungen nunmehr als Bildungseinrichtungen gesehen werden, ist für Lueger erfreulich und sie erinnerte an konkrete Vorschläge ihrer Fraktion für deren Weiterentwicklung. Die SPÖ verlangt, Kindergärten nicht länger als fünf Wochen pro Jahr zu schließen und schlägt einheitliche Qualitätskriterien vor.

Auch Daniela Musiol von den Grünen sieht die Umbenennung von Kinderbetreuungs- in „Kinderbildungseinrichtungen“ positiv, sie ortet aber zugleich Nachbesserungsbedarf bei den Qualitätskriterien. Musiol hält es sowohl für notwendig, die Nachmittagsbetreuung auszudehnen als auch, Tageseltern zu fördern, wobei sie Stundenlöhne von 2,40 Euro kritisch beurteilt. Um den Rechtsanspruch von Kinderbetreuung durchzusetzen, müsse für ausreichendes Personal und ausreichende Öffnungszeiten gesorgt werden. Für unverständlich hält es die Grünen-Abgeordnete, dass der Bund nun viel Geld für die Kinderbetreuung in die Hand nimmt, aber darauf verzichtet, eine entsprechende Bundeskompetenz zu schaffen.

FPÖ-Abgeordnete Anneliese Kitzmüller kündigte gleichfalls ihre Zustimmung zum Ausbau der Betreuung von Kindern an. Das eigentliche Anliegen der FPÖ sei aber die Förderung der innerfamiliären Kinderbetreuung und die breitere Unterstützung von Tagesmüttern und -vätern. Mängel bei der Wahlfreiheit ortete die Rednerin bei Kindern unter drei Jahren, weil alleinerziehende Mütter keine Chance hätten, ihre kleinen Kinder drei Jahre lang selbst zu betreuen. Kritik übte Kitzmüller daran, dass der Ausbau der Kinderbetreuung gestartet, der Qualitätsrahmen aber erst in drei Jahren bestehen werde.

In einer ebenfalls zustimmenden Wortmeldung rief Leopold Steinbichler vom Team Stronach im ideologischen Streit der verschiedenen Konzepte dazu auf, Feindbilder abzubauen und einen vernünftigen Weg der Mitte zu gehen. Es gelte die Wahlfreiheit der Eltern im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten zu wahren.

Diese Wahlfreiheit sieht Neos-Abgeordnete Beate Meinl-Reisinger allerdings gefährdet. Kindergärten, die, wie beispielsweise in Vorarlberg, bis zu 12 Wochen im Jahr geschlossen haben, ließen eine Berufstätigkeit beider Eltern nicht zu. Auch Meinl-Reisinger begrüßte den Wandel zu Bildungseinrichtungen, problematisierte aber zugleich den sinkenden Kofinanzierungsanteil der Bundesländer und die Einrech-

nung privater Investitionen. Qualitätsaspekte seien zu schwach ausgeprägt.

Familienministerin Sophie Karmasin verwies in ihrem Statement darauf, dass die vorliegende Vereinbarung mit den Ländern die für Kinderbetreuung vorgesehenen Mittel versechsfache. Damit werde auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert. Das Ziel, für 33 Prozent der unter Dreijährigen Bildungseinrichtungen anzubieten und den Betreuungsschlüssel auf 1:4 sowie für Kinder von drei bis sechs Jahren auf 1:10 abzusenken, hält sie für realistisch. Die Ministerin konzidierte, dass die Öffnungszeiten mancherorts noch nicht eine Ganztagsberufstätigkeit der Eltern ermöglichen, merkte aber an, dass man bei der Kinderbetreuung nicht nur auf außerhäusliche Einrichtungen angewiesen sei und führte als Beispiel die Großeltern an. Verbesserungsbedarf sieht Karmasin bei der Erweiterung der Tagesöffnungszeiten, der Jahresöffnungszeiten und beim Angebot von Betreuungsplätzen für unter Dreijährige.

In der weiteren Debatte unterstrich Claudia Durchschlag von der ÖVP die Notwendigkeit, beim Angebot von Kinderbetreuungsplätzen bedarfsgerecht vorzugehen und Unterschiede zwischen Städten und ländlichen Regionen zu beachten. Eine Umfrage in Oberösterreich habe gezeigt, dass die Eltern dort mit

dem Kinderbetreuungsangebot zufrieden seien. Auch in der Kinderbetreuung bestimme das Angebot die Nachfrage, meinte hingegen die SPÖ-Abgeordnete Katharina Kucharowits. Die Vereinbarung geht ihrer Ansicht nach in die richtige Richtung, auch wenn sie sich entschiedenere Maßnahmen gegen Schließtage in Kindergärten und konkretere Qualitätskriterien gewünscht hätte.

### Differenzierte Reaktionen der Interessensvertretungen

Frau in der Wirtschaft (FiW), die Vertretung der Unternehmerinnen in der Wirtschaftskammer, begrüßt die Einigung ebenso wie die Industriellenvereinigung. FiW-Chefin Adelheid Moretti bedauert allerdings die Reduktion der Mindestöffnungsdauer von 47 auf 45 Wochen.

Dass damit sieben Wochen im Jahr keine institutionelle Betreuung gewährleistet ist, kritisiert auch die Arbeiterkammer: „Die Schließzeiten dürfen den gesetzlichen Urlaubsanspruch der Eltern nicht unterschreiten“, fordert der oberösterreichische AK-Präsident Johann Kalliauer. Er bemängelt, dass von den ursprünglich vorgesehenen 400 Millionen Euro Bundesmittel „jetzt nur 305 Millionen Euro übrig geblieben“ sind, und den von Jahr zu Jahr sinkenden Kofinanzierungsanteil der Länder. Kein gutes Haar lässt die AK auch am Aufteilungsschlüssel: Der Hauptteil (40%) fließe zu den Tageseltern, obwohl institutionelle Betreuung qualitativ wesentlich besser sei, weil in Kindergärten zum Beispiel auch Sprache und Sonderbedarfe gefördert würden. Außerdem bestehe gerade bei der Betreuung der Unter-Dreijährigen der größte Handlungsbedarf, dieser Bereich bekomme aber mit 25 Prozent nur den geringsten Anteil am „Förderkuchen“.

Der Familienselbsthilfeverein „KiB children care“ kritisiert, dass mit der Regelung auf kranke Kleinkinder vergessen werde. Ein „mobiles Kinderbetreuungsangebot für erkrankte Kinder in den eigenen vier Wänden“ sei aber dringend notwendig, so der Verein. Sonst bleibe der „aktuelle Betreuungsnotstand bestehen“. Die gesetzliche Pflegefreistellung reiche nicht aus, viele Eltern würden es aus Angst um ihren Job gar nicht wagen, diese in Anspruch zu nehmen. [hs]

Quellen: Parlamentskorrespondenz Nr. 689 vom 10.07.2014; <http://orf.at>, 24.06.2014; AKÖ-Medien-dienst Nr. 10494 vom 04.07.2014

### Glossar zur Ökonomisierung von Bildung

*Das ‚Glossar zur Ökonomisierung von Bildung‘ (GLOEB) ist ein Gemeinschaftsprojekt der Helmut-Schmidt-Universität und der deutschen Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bzw. der Max Traeger Stiftung. Damit soll zum einen eine Plattform an der Schnittstelle von Wissenschaft und Gewerkschaft geschaffen werden, die kritische Texte zu zentralen Stichworten, Begriffen und Diskursen der Bildungsreformen seit den 1990er Jahren in nationalen und globalen Kontexten enthält. Zum anderen geht es den Initiatoren darum, wissenschaftliche Diskurse einem breiteren Publikum zugänglich zu machen und auf diese Weise zur Vermittlung wissenschaftlicher Theorien an interessierte LeserInnen außerhalb der Wissenschaft beizutragen.*

[www.gloeb.de](http://www.gloeb.de)



## Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung

### Betriebliche Rahmenbedingungen aus der Sicht berufstätiger Eltern

„Tausende Menschen in Österreich stehen vor der Frage: Wie bekomme ich meine Berufstätigkeit und die Kinderbetreuung unter einen Hut?“ Vor allem die Mütter müssen dieses Problem lösen“, betonte AK Präsident Rudi Kaske bei der Präsentation einer Studie zur Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung Anfang März. Die Studie wurde von L & R Sozialforschung erstellt, auf Basis einer repräsentativen telefonischen Befragung von rund 570 Beschäftigten in der Privatwirtschaft, die mit zumindest einem Kind unter 12 Jahren im gemeinsamen Haushalt leben.

#### Das Eineinhalb-Verdiener-Modell

Die Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung sei für die klare Mehrheit der Familien ein Thema. „Der Alleinverdienerhaushalt ist nur ein Modell für eine Minderheit“, so Kaske weiter. Mehr als drei Viertel der Befragten, geben an, dass auch der Partner oder die Partnerin erwerbstätig ist. In diesen Partnerschaften ist das Eineinhalb-Verdiener-Modell mit 71 Prozent am häufigsten, wobei in der Regel Männer Vollzeit und Frauen Teilzeit arbeiten. In einem Viertel dieser Partnerschaften arbeiten beide Elternteile Vollzeit und in nur 4 Prozent der Partnerschaften sind beide Elternteile in Teilzeit beschäftigt.

Betriebliche Rahmenbedingungen sowie staatliche Unterstützungs- und Anreizsysteme prägen die Arbeitsaufteilung zwischen Müttern und Vätern. Bei der generellen Zufriedenheit mit den Arbeitszeiten konnte kein Unterschied festgestellt werden zwischen jenen Elternpaaren, wo beide PartnerInnen Vollzeit arbeiten, und jenen, wo ein/e PartnerIn in Vollzeit und ein/e in Teilzeit beschäftigt ist.

Da die Zufriedenheit offenbar sehr stark von den betrieblichen und institutionellen Möglichkeiten abhängt, die Vereinbarkeit zu regeln, spricht sich die AK für eine Umgestaltung der Anreizsysteme aus: Statt der Förderung des Eineinhalb-Verdiener-Modells (z.B. durch Alleinverdienerabsetzbetrag, Kinderzuschlag) sollte es der Arbeiterkammer zufolge eine Unterstützung für eine partnerschaftliche Arbeitsteilung geben.

### Steigender Bedarf an institutioneller Kinderbetreuung

Angebot und Nachfrage klaffen bei der institutionellen Ganztagsbetreuung stark auseinander: Mehr als jede dritte erwerbstätige Person (38%), die Kinder unter 12 Jahren im Haushalt betreut, wünscht sich ein ganztägiges Betreuungsangebot. Demgegenüber steht der geringe Anteil von 8 Prozent der Befragten, die derzeit eine institutionelle Ganztagsbetreuung für ihr Kind/ihre Kinder haben.

In den Ferienzeiten verlagert sich die Betreuungsorganisation noch weiter in den privaten Bereich (der/die PartnerIn und/oder Verwandte und Bekannte werden hierfür herangezogen), die Nutzung institutioneller Betreuungsformen halbiert sich dabei. Die AK führt dies primär auf die Schließzeiten vieler Einrichtungen in den Schulferien zurück. Gut jeder vierte Haushalt, der in den Ferien institutionelle oder sonstige nicht-private, entgeltliche Angebote in Anspruch nahm, musste aufgrund einer unzureichenden Bedarfsdeckung Urlaubstage zur Überbrückung von Betreuungslücken nehmen, was für etwa die Hälfte der davon Betroffenen – unabhängig vom Geschlecht – im Betrieb schwierig war.

### Arbeitszeiten sind zu wenig familienfreundlich

Die Familienfreundlichkeit der Arbeitszeit wird von weniger als der Hälfte der Befragten (43%) als sehr positiv wahrgenommen. Ein wesentlicher Kritikpunkt sind überlange Arbeitszeiten vor allem bei Männern: 46 Prozent der Väter in Vollzeitbeschäftigung haben regelmäßig Überstunden zu leisten (bei weiblichen Vollzeitbeschäftigten 28%). Besonders wenn der/die PartnerIn nicht erwerbstätig ist – was in erster Linie Männer betrifft –, wird eine sehr hohe Anzahl an Überstunden geleistet: 40 Prozent der AlleinverdienerInnen arbeiten mehr als 10 Überstunden pro Woche.

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass der Großteil der befragten Männer eine Arbeitszeitreduktion nicht für möglich hält; dies ist verstärkt in männerdominierten Branchen der Fall. Die Hälfte davon gibt an, dass finanzielle Gründe hierfür ausschlaggebend sind, ein weiteres Drittel (35%) führt betriebliche Gründe an.

Damit Männer stärker als bisher Betreuungsarbeit übernehmen können, sollten laut AK etwaige Hinderungsgründe auf betrieblicher Ebene beseitigt werden. Die AK verweist auf internationale Modelle, die eine gerechtere Aufteilung von Erwerbs- und unbezahlter Kinderbetreuungsarbeit finanziell fördern, etwa den schwedischen Bonus für die partnerschaftliche Teilung der Kinderbetreuung („jämställhetsbonus“). Die

Eltern erhalten aus diesem Titel 6 Euro pro Tag, an dem sie partnerschaftlich Elterngeld teilen. Maximal beträgt der Bonus 1.573 Euro.

Die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung steht in engem Zusammenhang mit der Lage und Planbarkeit der Arbeitszeit. Nicht-klassische Arbeitszeitlagen (außerhalb von Mo-Fr, 8.00-17.00 Uhr) sind bei erwerbstätigen Müttern und Vätern relativ weit verbreitet, wie folgende Zahlen verdeutlichen:

- Rund die Hälfte der Beschäftigten arbeitet auch zu nicht-klassischen Arbeitszeitlagen an Tagesrandzeiten, in Samstags- oder Sonntagarbeit, Nachtdienst sowie in Schicht-, Wechsel- und/oder Turnusdiensten.
- Für ein Drittel (34%) der Befragten sind zudem die Arbeitszeiten nicht immer fix bekannt. Damit ist die Koordination betreuender Aufgaben nicht längerfristig planbar.

### Flexible Zeiteinteilung als positives Modell für die Vereinbarkeit

Mehr als die Hälfte der Befragten gibt an, Beginn und Ende ihres Arbeitstags flexibel gestalten zu können. Drei Viertel der Befragten, die in solchen flexiblen Arbeitszeitmodellen arbeiten, geben an, dass sie damit die Möglichkeit haben, „jederzeit“ kurzfristig auf Kinderbetreuungspflichten zu reagieren. Weibliche Teilzeitbeschäftigte und Alleinerziehende haben diese Möglichkeit der flexiblen Arbeitszeitgestaltung allerdings in einem geringeren Ausmaß.

Große Differenzen gibt es auch nach Branchen und Betriebsgröße: Während in den Branchen „Information und Kommunikation“ und „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ 80 Prozent der Befragten angeben, sich ihre Arbeitszeit flexibel einteilen zu können, ist dies für die Befragten, die in den Branchen Bau (35%) und Beherbergung und Gastronomie (32%) tätig sind, wesentlich seltener möglich.

Unterschiedlich gestaltet sich die Flexibilität auch je nach Betriebsgröße: Fast zwei Drittel der Beschäftigten, die in Unternehmen mit über 500 Beschäftigten arbeiten, können Beginn und Ende ihrer Arbeitszeiten flexibel gestalten, bei Betrieben mit bis zu 20 MitarbeiterInnen sind es dagegen nur 45 Prozent.

### Elternteilzeit ist ausbaufähig

Da teilzeitbeschäftigte Eltern eine Gruppe am Arbeitsmarkt sind, die auch abseits von finanziellen Aspekten mit eher schwierigen Bedingungen konfrontiert sind, hält es die Arbeiterkammer für wichtig, diese weitest-

gehend abzufedern. Mit der Elternteilzeit wurde ein Schritt in diese Richtung gesetzt, da diese gegenüber einer „normalen“ Teilzeitbeschäftigung einige Vorteile für die Beschäftigten hat. So gibt es ein Mitspracherecht hinsichtlich der Arbeitszeitlage und dem Stundenausmaß sowie einen Kündigungsschutz. Die Befragung zeigt, dass 54 Prozent der Teilzeitbeschäftigten mit einem unter 7-jährigen Kind, die einen Rechtsanspruch auf eine Elternteilzeit haben, auch tatsächlich über eine solche Vereinbarung verfügen.

Die Zahlen verdeutlichen, dass Elternteilzeit zwar mittlerweile einen gewissen Stellenwert hat, aber durchaus noch ausgeweitet werden kann. Die AK verortet ein Informationsdefizit bezüglich der Vorteile einer Elternteilzeitvereinbarung. Diese sind: keine Verpflichtung zu Mehrarbeit und Schutz vor Kündigung. Viele Beschäftigte wüssten auch nicht, dass es möglich ist, nur die Lage der Arbeitszeit zu verändern. So kann beispielsweise eine Frau, die vor der Karenz im Handel teilzeitbeschäftigt war, beim Wiedereinstieg die Lage der Arbeitszeiten den Kinderbetreuungszeiten anpassen, ohne ihre Arbeitszeit reduzieren zu müssen.

Aus der AK-Beratung sei aber bekannt, dass manche ArbeitgeberInnen bei der Elternteilzeit Schwierigkeiten machen und es zu verschlechternden Versetzungen (z.B. in eine weit entfernte Filiale, Verlust der Leitungsposition) kommt. Auch komme es vor, dass ein/e ArbeitgeberIn statt dem Wunsch nach 25 Stunden nur 10 Stunden wöchentliche Arbeitszeit anbieten will. Insofern gebe es hier noch Verbesserungsbedarf. Außerdem fehlt ein formaler Anspruch in Betrieben mit weniger als 21 Beschäftigten.

### AlleinerzieherInnen bekommen zu wenig Unterstützung

AlleinerzieherInnen haben quer über die verschiedenen Befragungsblöcke den größten Bedarf an mehr Unterstützung zur Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung. Sie arbeiten öfter Vollzeit, können aber weniger bis gar nicht auf einen Partner zurückgreifen, der Betreuungsaufgaben übernehmen kann. Gleichzeitig sind sie mit ungünstigen Arbeitsbedingungen in punkto Vereinbarkeit konfrontiert:

- Die Möglichkeit, jederzeit auf kurzfristige Kinderbetreuungspflichten zu reagieren, haben nur 55 Prozent der AlleinerzieherInnen – im Vergleich zu 63 Prozent jener, die in einer Partnerschaft leben.
- 45 Prozent können Beginn und Ende ihres Arbeitstages flexibel anpassen. Bei Personen, die in einer Partnerschaft leben, sind es 53 Prozent.

- Rund ein Viertel wünscht sich zudem deutlich öfter eine andere Arbeitszeitgestaltung. Bei jenen, die in Partnerschaft leben, sind es 11 Prozent.
- Nur 17 Prozent der Alleinerzieherinnen haben eine ganztägige Betreuung für ihr/e Kind/er. Weitere 50 Prozent der Alleinerzieherinnen würden sich eine ganztägige Betreuungsmöglichkeit wünschen.

### Fördermaßnahmen und betriebliche

#### Vereinbarkeitskultur

Dort, wo es betriebliche Fördermaßnahmen gibt, wird von den Befragten auch die Vereinbarkeitskultur insgesamt etwas besser eingeschätzt. Jede/r fünfte Befragte gibt an, dass es bei ihm/ihr spezifische Fördermaßnahmen zur Unterstützung der Vereinbarkeit gibt. Sie umfassen dabei sowohl finanzielle Unterstützungen als auch Angebote des Betriebsrates oder Betriebskindergärten. Verstärkt gibt es Fördermaßnahmen in Betrieben mit Betriebsrat sowie in Großbetrieben mit über 500 Beschäftigten, wo rund 40 Prozent diesbezügliche betriebliche Förderangebote bestehen. Jeder vierte männliche Vollzeitbeschäftigte arbeitet in einem Betrieb, wo Fördermaßnahmen vorhanden sind, aber nur jede sechste teilzeitbeschäftigte Frau.

Hinsichtlich der betrieblichen Vereinbarkeitskultur, die unterschiedliche Aspekte wie Gestaltung des Urlaubs, familienfreundliche Arbeitszeitpolitik, Entgegenkommen des Unternehmens etc. umfasst, fällt die Einschätzung differenziert aus: Das kollegiale Klima sowie die Möglichkeit, den Kinderbetreuungspflichten entsprechend den Urlaub planen zu können, wird von 70 Prozent der Befragten als sehr positiv und förderlich eingeschätzt. Die Frage, ob die Vereinbarkeit im Betrieb ernst genommen wird, wird aber nur von gut der Hälfte der Befragten (53%) als sehr zufriedenstellend gesehen.

Als positiv erachtet die AK, dass sich die Pflegefreistellung mittlerweile zu einer bewährten betrieblichen Praxis entwickelt hat. Der Anspruch ist weitgehend bekannt und dessen Einlösung wird in der Regel als nicht schwierig bezeichnet. Allerdings war bei 16 Prozent, die eine Pflegefreistellung in Anspruch genommen haben, der Bedarf größer als der verfügbare Zeitraum. Abhilfe böte hier laut AK eine zweite Woche Pflegefreistellung. Derzeit gibt es die zweite Woche jedoch nur bei einer neuerlichen Erkrankung des Kindes. Immerhin gab es zuletzt eine Anpassung an neue Familienformen: Seit Jänner 2013 haben auch getrennt vom Kind lebende Elternteile sowie solche in Patchwork- und Regenbogenfamilien ein Recht auf Pflegefreistellung.

### AK fordert bessere Rahmenbedingungen für partnerschaftliche Arbeitsteilung

Sowohl Mütter als auch Väter wollen beides: Zeit für ihr Kind und einen guten Beruf. Zugunsten einer stärker partnerschaftlichen Arbeitsteilung fordert die Arbeiterkammer einen zügigen Ausbau der Kinderbetreuung und betriebliche Rahmenbedingungen, die Voll- und Teilzeitbeschäftigung für beide Geschlechter ohne Nachteile für das berufliche Fortkommen gleichermaßen ermöglichen. Je schiefere die partnerschaftliche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit ist, desto höher ist der Druck auf jene Person, die einen besser bezahlten Job hat; in überwiegender Mehrheit ist das der Mann. Um der Familie ein ausreichendes Einkommen zu sichern, sehen sich viele gedrängt, nicht nur Vollzeit zu arbeiten, sondern zusätzlich Überstunden zu leisten.

Die Betriebe müssten familienfreundlicher werden, besonders, was die Arbeitszeit anbelangt. Kinderauszeiten und Teilzeit dürften Müttern nicht mehr derart zum Nachteil gereichen. Und auch Väter müssten die Möglichkeit bekommen, mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen, betonte AK-Präsident Rudi Kaske. Er nimmt auch die Politik in die Pflicht: Diese müsse Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass auch Mütter einem existenzsichernden Erwerb nachgehen können und Anreize setzen, dass Eltern sich Erwerbs- und unbezahlte Arbeit gerechter aufteilen.

Konkret spricht sich Kaske etwa für den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung und der Ganztagschulen aus. Teilzeitkräfte sollten seines Erachtens bei der Besetzung von Vollzeitstellen bzw. Stellen mit einem höheren Stundenausmaß den Vorzug erhalten. Auch Führungspositionen sollten für sie möglich sein. Der Mehrarbeitszuschlag für Teilzeitkräfte sollte ab der ersten Stunde und ohne Durchrechnung bezahlt werden. Und für AlleinerzieherInnen seien insbesondere ein ganztägiges Betreuungsangebot sowie eine ausreichende Betreuung in den Ferien wesentlich.

*Quelle: Unterlagen zur Pressekonferenz von Rudi Kaske, Präsident der AK Wien, und Ingrid Moritz, Leiterin der Abteilung Frauen – Familie der AK Wien, 03.03.2014*

## Lebenswelten von Mädchen im Linzer Franckviertel

Ergebnisse einer sozialräumlichen Lebensweltanalyse, die von Linda Kolbe im Rahmen ihrer Diplomarbeit durchgeführt wurde.

Das Franckviertel ist ein Linzer Stadtteil, der von einem Arbeiterviertel in den letzten Jahrzehnten auch zu einem Lebensort für Menschen mit Migrationshintergrund wurde. Aufgrund der wachsenden Industrie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und der für die Arbeiter und ihre Familien benötigten Unterkünfte wurde der Wohnungsbau damals stetig vorangetrieben. Mittlerweile gehören zu dem Bild, das sich im Franckviertel eröffnet, alte, stark renovierungsbedürftige Häuser und Wohnungen ebenso wie renovierte und neu errichtete Wohnsiedlungen, enge Wohnverhältnisse, wenig Freiflächen für Kinder zum Spielen und eine für Linz hohe Bevölkerungsdichte. Verglichen mit anderen Linzer Stadtteilen weist das Franckviertel die zweithöchste Kinder- und Jugendlichendichte auf (Magistrat der Stadt Linz o.J.a).

### Forschungsdesign

Der Fokus der Diplomarbeit lag auf den weiblichen Kindern und Jugendlichen im Alter von 10 bis 15 Jahren, die im Franckviertel zu Hause sind. Das Interesse galt ihren Lebens- und Sozialräumen, woraus sich die der Arbeit zugrundeliegende Forschungsfrage ergab: „Wie sehen die sozialräumlichen Lebenswelten der weiblichen Kinder und Jugendlichen im Franckviertel aus?“ Konkret wurde das Untersuchungsgebiet hinsichtlich folgender Themen erforscht:

- Öffentliche Plätze und Räume
- Nutzung öffentlicher Räume/Aufenthaltsorte
- Gemiedene Plätze/Lieblingsorte
- Freizeit
- Freundschaften
- Wünsche/Bedürfnisse
- Probleme/Barrieren

Die Auswahl der Forschungsmethoden orientierte sich an den von Ulrich Deinet (2009) und Richard Krisch (2009) vorgestellten Möglichkeiten zur Analyse von Sozialräumen. In Lebensweltanalysen werden qualitative Methoden aus der empirischen Sozialforschung eingesetzt. Ihr gegenüber steht bei reinen Sozialraumanalysen die Verwendung statistischer Daten-

materials und quantitativer Methoden (Deinet 2007; Stange o.J.). Sozialräumlich orientierte Lebensweltanalysen stellen somit „lebensweltliche Interpretationen, Deutungen und Sichtweisen der Kinder und Jugendlichen bezüglich ihrer Lebensräume“ in den Vordergrund und weniger „die ‚objektiven‘ Strukturen wie demografische Daten, die Dichte sozialer Institutionen, die Anzahl der Sportplätze etc.“ (Deinet / Krisch 2002, S.134). Dabei werden die Kinder und Jugendliche als kompetente Expertinnen und Experten ihrer Lebenswelt gesehen (Deinet 2009).

Folgende Untersuchungsschritte wurden im Zuge der Diplomarbeit durchgeführt:

- 9 Interviews mit Expertinnen und Experten
- 36 Interviews mit weiblichen Kindern und Jugendlichen. In diese wurden die Nadelmethode (siehe Info-Box) und das Zeitbudget integriert.
- 3 Stadtteilbegehungen mit weiblichen Kindern und Jugendlichen
- 1 Stadtteilrundgang mit einem Stadtteilarbeiter in der Konzeptentwicklungsphase

Entstanden ist die Arbeit aus Neugierde und über Kontakte zur Stadtteilarbeit „Leben im Franckviertel“, mit der die Autorin auch eng zusammenarbeitete. Die Forschungstätigkeiten wurden hauptsächlich in der ersten Jahreshälfte 2011 durchgeführt. Dabei ergab sich eine relativ gleichmäßige Altersverteilung der interviewten weiblichen Kinder und Jugendlichen (vgl. Tabelle 1). Bei der nationalen Herkunft dominieren im Sample der Kosovo, Österreich und die Türkei (vgl. Tabelle 2).

### Nadelmethode

*Diese Methode ist eine willkommene Technik, um erste Kenntnisse über Orte zu erhalten und um diese im Anschluss mit differenzierenden Methoden genauer zu analysieren (Ortmann 1999). Bei der Nadelmethode werden charakteristische Orte anhand verschiedenfarbiger Pinnadeln auf einem Stadtplan markiert. Kinder und Jugendliche werden dazu aufgefordert, mit diesen Nadeln ausgewählte Orte wie Wohnorte, Treffpunkte, gemiedene Orte oder Lieblingsorte auf der Karte zu bestimmen. Bestimmte Farben der Nadeln werden auch bestimmten Gruppen (z.B. differenziert nach Geschlecht und/oder Alter) zugeordnet. (Krisch 2009; Deinet 2009)*

**Tabelle 1: Interviewpartnerinnen nach Alter**

Alter	Interviews
10 Jahre	5
11 Jahre	7
12 Jahre	5
13 Jahre	8
14 Jahre	7
15 Jahre	4
<b>Gesamt</b>	<b>36</b>

Das Franckviertel ist geprägt von einer kulturellen Vielfalt, die sich in Tabelle 2 widerspiegelt. Im Franckviertel hat ca. ein Viertel der Bevölkerung eine nicht österreichische Staatsbürgerschaft. Dieser Anteil liegt deutlich über dem Linzer Durchschnitt von ca. 15 Prozent (Magistrat der Stadt Linz o.J.b). Geschätzt wird der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund (mit und ohne österreichische Staatsbürgerschaft) im Franckviertel allerdings auf 50 Prozent. Unter den Kindern wird dieser Anteil sogar auf 75 Prozent geschätzt.

#### Zu den Lebensumständen

Bei den Forschungstätigkeiten waren vor allem viele Mädchen aus dem kosovoalbanischen Kulturkreis anzutreffen. Sie sind viel im Stadtteil unterwegs und präsent, wohingegen Mädchen mit österreichischen Wurzeln seltener anzutreffen waren. Die Untersuchung erbrachte interessante Unterschiede und Herausforderungen hinsichtlich der Lebensumstände der weiblichen Kinder und Jugendlichen, nicht zuletzt bedingt durch die unterschiedlichen kulturellen Zugänge.

Aufgefallen ist, dass Mädchen aus dem kosovoalbanischen Kulturkreis mit strikteren Regeln aufwachsen. Diese beinhalten beispielsweise das Verbot von Alkoholkonsum, das Verbot, voreheliche Beziehungen einzugehen, sie dürfen sich nicht schminken, tragen Verantwortung gegenüber ihren jüngeren Geschwistern und werden von ihren männlichen Geschwistern und Cousins bevormundet. Mädchen aus anderen Kulturkreisen sind hingegen mit Alkoholmissbrauch in der Familie und einer eigenen Affinität zu Alkohol und Drogen konfrontiert. Generell leben die Kinder und Jugendlichen in eher engen Wohnverhältnissen.

Bei Mädchen, die sich an den Interviews und den Stadtteilbegehungen aktiv beteiligten, wurde sichtbar, dass sie ihr Umfeld genau beobachteten. Vor allem Mädchen, die im Spannungsfeld zwischen der Herkunfts- und Aufnahmekultur stehen, beobachten ihre eigenen Landsleute im Vergleich zu Angehörigen anderer Nationalitäten und im Speziellen zur österreichischen sehr aufmerksam. Sie machen sich Gedanken über die unterschiedlichen Handlungsweisen, Lebensweisen und über ihre eigenen Beobachtungen sowie die Ge- und Verbote, denen sie selber ausgesetzt sind.

So kam es auch zu kritischen Äußerungen von kosovoalbanischen Mädchen zu der ihnen vorgelebten Frauenrolle. Ihre Kritik bezog sich darauf, dass die Frau jegliche Aufgaben zu Hause übernimmt und für die Kindererziehung verantwortlich ist, während sie im öffentlichen Leben nicht vertreten ist.

#### Freundschaften und Freizeit

Durch Gespräche mit den Mädchen entstand der Eindruck, dass sie gegenüber anderen Kulturen und Menschen sehr aufgeschlossen sind und sich nicht so viele Gedanken darüber machen, woher jemand kommt und welche Sprache er oder sie spricht. Dazu meinten ein 15-jähriges und ein 11-jähriges Mädchen: „*Hauptsache eine gute Freundschaft*“ und: „*Eigentlich geht es mir nicht um die Sprache, um ihre Länder oder Aussehen, mir geht es [darum], wie sie sind: gemein, nett.*“ Diese Aussagen sowie die Angaben der Mädchen darüber, aus welchen Ländern ihre Freundinnen vorwie-

**Tabelle 2: Interviewpartnerinnen nach nationaler Herkunft**

Herkunft	Interviews
Ägypten	1
Bosnien	2
Kosovo	14
Kroatien	1
Österreich	9
Pakistan	1
Serbien	2
Türkei	6
<b>Gesamt</b>	<b>36</b>

gend kommen, zeigen, dass sich die Freundschaftsnetze über die verschiedensten Kulturen erstrecken.

Ein Blick auf die Nutzung der institutionellen Angebote zeigt jedoch durchaus eine Gruppenbildung, speziell unter den kosovoalbanischen Kindern und Jugendlichen: In das Jugendzentrum Franx kommen hauptsächlich kosovoalbanische Buben zu Besuch und das kostenfreie Tanzgruppenangebot des Kunst- und Kulturvereins der pro mente (KuK) wird vorwiegend von kosovoalbanischen Mädchen besucht. Hier finden auch Hinausdrängungsprozesse von Mädchen anderer Nationalitäten statt. Die Gruppenbildung unter den Kindern und Jugendlichen der kosovoalbanischen Kulturgruppe ist jedoch hauptsächlich auf die Wohn- und Familienverhältnisse zurückzuführen, da diese Tür an Tür wohnen.

Ihre Freizeitgestaltung basiert insbesondere auf Spazieren gehen, Musik hören, Internet surfen, Fernsehen und „shoppen“, also einkaufen gehen. Ausflüge zu Freunden und Verwandten kamen nicht besonders oft zur Sprache. Auch wurden kaum institutionalisierte (z.B. im Rahmen von Vereinen oder Jugendclubs gesetzte) Freizeitaktivitäten genannt, die die Mädchen ausführen.

### Öffentliche Plätze und ihre Nutzung

Die weiblichen Kinder und Jugendlichen halten sich in ihrer Freizeit viel auf den umliegenden Spielplätzen,

Parks und Straßenräumen auf. Jüngere sowie Jugendliche, die ihre jüngeren Geschwister betreuen, bleiben eher in der nahen Wohnumgebung. Lieblingsplätze, sogenannte Wohlfühlorte, sind für die meisten interviewten Mädchen vorhanden. Als solche wurden unterschiedliche Plätze, Parks bzw. Spielplätze oder auch bestimmte Ecken darin angegeben. Gemiedene Orte wurden dagegen weniger oft angegeben und verbotene Orte kamen kaum zur Sprache.

Auffallend waren die Nennungen zum Ingenieur-Stern-Park, dem größten Park im Franckviertel, dem Lonstorferplatz, der im Zentrum des Viertels liegt, und hinsichtlich des Jugendzentrums Franx. Der Ingenieur-Stern-Park und der Lonstorferplatz stellen kontroverse Plätze dar. Zum Beispiel sind spazieren geführte Hunde im Ingenieur-Stern-Park für die einen ein Meidungsgrund, für die anderen jedoch eine willkommene Abwechslung.

Alle drei genannten Plätze gehören auch zu jenen Orten, die den Mädchen verboten werden. Beim Jugendzentrum Franx sind es die männliche Geschwister und Cousins der Mädchen, die ihnen ein Fernbleiben nahelegen. Angegebene Gründe für die Verbote des Besuchs der beiden genannten Parks sind sich dort angeblich aufhaltende, von den Mädchen als „Sandler“ bezeichnete Personen sowie Geschichten über negative Vorkommnisse.



Wohnanlage im Linzer Franckviertel. Foto: hs

### Wünsche und Bedürfnisse

Expertinnen und Experten berichteten darüber, dass die Mädchen immer wieder Bezugs- und Vertrauenspersonen aufsuchen, denen sie ihre positiven Erlebnisse, Schwierigkeiten und Themen, die sie gerade beschäftigen, mitteilen und bei denen sie sich Rat holen können. Den Mädchen selbst ist die sogenannte Bürgermeisterfrage<sup>1</sup> in den Interviews gestellt worden, um herauszufinden, was sie gerne im Franckviertel verändern würden, wenn sie könnten.

Dabei entstanden ein vielfältiges Bild und eine Vielzahl an Ideen und Wünschen, die die weiblichen Kinder und Jugendlichen äußerten. Zu den meistgenannten Veränderungswünschen zählen das Errichten eines Schwimmbads, eines Eislaufplatzes, eines Einkaufszentrums sowie ein „Sandler“-Verbot. Zum Thema Schwimmbad ist zu erwähnen, dass es im Franckviertel zwar ein Kinderbad gibt, das jedoch nur im Sommer und nur für Kinder bis zum 12. Lebensjahr zugänglich ist. Auch wünschen sich die Befragten Mädchenräume, ein Wunsch, der auch von ExpertInnen geäußert wurde.

20 von 36 interviewten Mädchen würden Spielplätze bauen oder sanieren lassen. Weitere drei Mädchen würden neue und größere Parks errichten lassen. Bei dem Wort „Park“ ist nicht ganz klar, ob die Mädchen Grünflächen oder Spielplätze damit meinten, da die Worte „Park“ und „Spielplatz“ von ihnen meist synonym verwendet werden. Folgende Aussage eines 11-jährigen Mädchens zeigt dies:

*I: Stell dir vor, du wärst Bürgermeisterin, was würdest du verändern wollen?*

*M: Einen neuen Park, einen gescheiten Park.*

*I: Und was ist ein gescheiter Park?*

*M: Eine Rutsche, Schaukel wie beim Lonstorferpark.*

Auf dieselbe Frage antwortete eine 14-Jährige: *„I darat amoi so, dass die Jugendlichen an Raum, also so an Spielplatz haben, wo s' allan sein können, wo kane klanen Kinder san, und so an Spielplatz machen, wo nur klane Kinder sein derfn, wo kane so wie obdachlose Leit sein derfn, so wie beim Lonstorferplatz oder was einfach für die klan Kinder, wo s' vü mit die Ötern [Eltern] treffen können und wo s' allan sein kinnan, wo kane eher gressern Leit san.“*

Die Ergebnisse zeigen sehr deutlich, dass Spielplätze für Mädchen wichtige Orte darstellen. Nach Beatrice Kustor (1996) sind Spielplätze für Kinder, die in Städten leben, eine der wenigen örtlichen Refugien

überhaupt. Sie dienen dazu, in unmittelbarer Nähe des Wohnhauses spielen zu können, sich mit anderen Kindern zu treffen, miteinander „abzuhängen“ und um sich auszutauschen.

Die befragten Expertinnen und Experten bemängelten ebenfalls ein zu geringes Spielplatzangebot im Franckviertel und dass die bestehenden Spielplätze mehr Pflege und Erneuerungen brauchen. Hier sollte die Stadtteil- und Wohnbauplanung mehr auf Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner, insbesondere von Familien und deren Kinder, achten.

Durch das Sichtbarwerden der geschlechtsspezifischen Nutzung des öffentlichen (Frei-)Raums in den 1990er Jahren wurde von ExpertInnen die Einbeziehung und stärkere Berücksichtigung von Mädchen in der Stadtplanung, aber auch das Setzen von pädagogischen Angeboten gefordert (Flade / Kustor 1993; 1996). Bemängelt wurde ein defizitäres Denken und die Orientierung am männlichen Verhalten als dem „richtigen“ (Meisinger 2010). Den Benachteiligungen, denen Mädchen ausgesetzt sind (wie geringere Bewegungsradien und eine „Verhäuslichung“), ist Rose (2002) zufolge entgegenzutreten.

### Herausforderungen

Die Partizipation an öffentlichen Angeboten für Mädchen stellt ein eigenes Problem dar. Trotz mädchen-spezifischer Angebote, die unter anderem vom Jugendzentrum Franx gesetzt werden, fällt das Interesse der Mädchen daran nur mäßig aus. Zum einen gibt es Angebote, welche nicht gut genutzt werden. Zum anderen fehlen spezifische Angebote und Räume für Mädchen. Den Mädchen Angebote schmackhaft zu machen bzw. passende attraktive Angebote zu finden, zeigt sich insofern immer wieder als große Herausforderung.

Eine weitere Herausforderung für die Stadtteilarbeit und die Jugendarbeit stellen das Mit- und Nebeneinander unterschiedlicher Kulturen dar sowie die damit verbundenen unterschiedlichen Denkweisen, Wertvorstellungen und Verhaltensweisen. Zudem dürften viele Familien der befragten Mädchen über ein geringes Einkommen verfügen, was es diesen erschwert, den Kindern kostenpflichtige Freizeitaktivitäten zu ermöglichen. Die befragten Expertinnen und Experten wie auch die Mädchen beklagen ein Fehlen von öffentlichen bzw. halböffentlichen Spiel-, Bewegungs-, Entfaltung-, und Erprobungsräumen für weibliche Kinder und Jugendliche. Die ExpertInnen halten daher spezielle Angebote für Mädchen in diesem Stadtteil für positiv und wünschenswert. Auch in den Interviews



Skatepark im Ingenieur Stern-Park. Foto: hs

mit den Mädchen wurden dezidiert Wünsche nach Räumen und Örtlichkeiten für Mädchen geäußert.

Aufgrund der eher engen Wohnverhältnisse und der zum Teil fehlenden Plätze zum Spielen kommt es immer wieder zu Konflikten mit den Nachbarinnen und Nachbarn, denen die Kinder zu viel Lärm machen, oder wenn diese an Orten spielen, wo sie nicht spielen dürfen. Dazu erzählte ein 11-jähriges Mädchen: *„... die Bewohner von Rheinstraße, die haben ja kein Balkon für die Wäsche und drum haben jetzt die Bauarbeiter so ähm Wäscheplatz gemacht und da hab ich meine Freundin gefragt, ob wir Rollerskatzen tun, also damit wir da ein bisschen fahren, da haben wir, also da sind wir so herumgefahren und da kommt so ein Oma, sie ist streng und sagt: ‚Gehts ihr Spielplatz und tuts dort fahren nicht hier, hier sind lauter Wäsche‘, aber da war nirgends und wir sind dann weggegangen und haben nachgedacht, wie solln wir am Spielplatz? Weil dort gibt's Sand, wie soll man dort fahren?“*

Die vielen Wäscheleinenplätze in den Innenhöfen stellen eine Art Charakteristikum des Franckviertels dar. Diese nehmen viel Platz ein, an dem die Kinder spielen könnten, und werden dadurch auch von manchen Erwachsenen kritisiert.

### Geschlechtsspezifische Aspekte

Öffentliche Räume und Orte können auch als Lern- und Bildungsorte fungieren. Dies bedeutet, dass sich Kinder und Jugendliche in öffentlichen Räumen u.a. bestimmte Handlungs- und Verhaltensweisen sowie Haltungen aneignen (Frey 2004).

In der Literatur werden Burschen oft als raumeinnehmender geschildert als Mädchen (Löw 2001; Nissen 1998; Flade 1996). Dies ist auch im Franckviertel zu beobachten. Das Jugendzentrum Franx ist sozusagen „in deren Besitz“ und es gibt Sportplätze, die grundsätzlich nur von Buben genutzt werden. Mädchen schauen tendenziell, sofern sie Burschen auf dem Sportplatz kennen, am Rand zu oder halten sich auf kleinräumigeren Plätzen wie kleinen Parks, Spielplätzen, Innenhöfen und zwischen den Häusern und Straßen auf. Aktivitäten, welche Aneignungsformen ihrer Umgebung darstellen, sind das Spazierengehen, was sie sehr gerne mit Freundinnen machen, das miteinander Plaudern und Austauschen an Orten, wo sie sich für einen Moment ungestört fühlen, und teilweise auch das Fahrradfahren im unmittelbaren Umkreis.

Die Erhebungen zeigen, dass es keine Räumlichkeiten gibt, die ausschließlich für Mädchen dauerhaft nutzbar sind. Vorhandene Räumlichkeiten werden den Mädchen nur für ein paar Stunden für eine mehr oder weniger freie Nutzung zur Verfügung gestellt. Es gibt keinen konstanten Raum für sie, wie es für die Buben die Fußballplätze oder auch das Jugendzentrum Franx sind.

### Empfehlungen

M.E. sollten Überlegungen darüber angestellt werden, ob in einem Stadtteil wie dem Franckviertel, in dem viele unterschiedliche Kulturen miteinander leben und eine große Kulturgruppe zu Hause ist, die noch in einer eher konservativen Rollenverteilung zwischen den



Geschlechtern verhaftet ist, spezielle Räumlichkeiten für weibliche Kinder und Jugendliche nützlich wären. Ob dies tatsächlich eine Lösung der gegenwärtigen Probleme darstellen würde, sei dahingestellt. Eine interessante Überlegung wäre z.B. die Einrichtung eines „Mädchenjugendzentrums“ oder ähnlichem im Stadtgebiet von Linz; eine Maßnahme also, die nicht nur auf das Franckviertel bezogen wäre.

Die vorhandenen Angebote für weibliche Kinder und Jugendliche sollten jedenfalls beibehalten und wenn möglich weiter ausgebaut werden. Die Bemühungen der JugendarbeiterInnen, Zugang zu den Mädchen zu bekommen, sind m.E. sehr wichtig. Weiters sollten die Wohnungsgenossenschaften und Eigentümer wie auch die Stadtplanung auf genügend Freiraum und Spielflächen für Kinder und Jugendliche achten.

Linda Kolbe

**Anmerkung**

- 1 „Stell dir vor, du bist Bürgermeisterin! Also du hast die Macht, etwas zu verändern. Was würdest du für Kinder und Jugendliche im Franckviertel verändern oder tun?“

**Literatur**

Deinet, Ulrich (2009): Analyse- und Beteiligungsmethoden. In: Deinet, Ulrich (Hrsg.): Methodenbuch Sozialraum. Verlag für Sozialwissenschaften; Wiesbaden. S.65 – 86

Deinet, Ulrich (2007): Lebensweltanalyse – ein Beispiel raumbezogener Methoden aus der offenen Kinder- und Jugendarbeit. In: Kessler, Fabian / Reutlinger, Christian: Sozialraum. VS Verlag für Sozialwissenschaften; Wiesbaden. S.57 – 72

Deinet, Ulrich / Krisch, Richard (2002): Konzepte und Methoden zum Verständnis der Lebensräume von Kindern und Jugendlichen. In: Riege, Marlo / Schubert, Herbert (Hrsg.): Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis. Leske + Budrich, Opladen. S. 133 – 146

Flade, Antje / Kustor, Beatrice (Hrsg.) (1996): Raus aus dem Haus. Mädchen erobern die Stadt. Campus Verlag; Frankfurt am Main, New York.

Flade, Antje / Kustor-Hüttel, Beatrice (Hrsg.) (1993): Mädchen in der Stadtplanung. Bolzplätze – und was sonst? Deutscher Studien Verlag; Weinheim.

Frey, Oliver (2004): Urbane öffentliche Räume als Aneignungsräume. Lernorte eines konkreten Urbanismus? In: Deinet, Ulrich / Reutlinger, Christian (Hrsg.): „Aneignung“ als Bildungskonzept der Sozialpädagogik. VS Verlag für Sozialwissenschaften; Wiesbaden. S.219 – 234

Kolbe, Linda (2014): Sozialräumliche Lebensweltanalyse am Beispiel der Lebenswelten der Mädchen im Franckviertel / Linz. Diplomarbeit, Johannes Kepler Universität Linz.

Krisch, Richard (2009): Sozialräumliche Methodik der Jugendarbeit. Aktivierende Zugänge und praxisleitende

Verfahren. Juventa Verlag; Weinheim, München.

Löw, Martina (2001). Raumsociologie. Suhrkamp Verlag; Frankfurt am Main.

Magistrat der Stadt Linz (o.J.a): Bevölkerungsstruktur. Bevölkerungsdichte. URL: [http://www.linz.at/zahlen/040\\_Bevoelkerung/040\\_Bevoelkerungsstruktur/060\\_Bevoelkerungsdichten](http://www.linz.at/zahlen/040_Bevoelkerung/040_Bevoelkerungsstruktur/060_Bevoelkerungsdichten); dl: 19.6.2014

Magistrat der Stadt Linz (o.J.b): Bevölkerungsstruktur. Räumliche Verteilung – Statistische Bezirke. URL: [http://www.linz.at/zahlen/040\\_Bevoelkerung/040\\_Bevoelkerungsstruktur/020\\_RaemlicheVerteilung](http://www.linz.at/zahlen/040_Bevoelkerung/040_Bevoelkerungsstruktur/020_RaemlicheVerteilung); dl: 19.6.2014

Nissen, Ursula (1998): Kindheit, Geschlecht und Raum. Sozialisationstheoretische Zusammenhänge geschlechtsspezifischer Raumaneignung. Juventa Verlag; Weinheim und München.

Ortmann, Norbert (1999): Nadelmethode. In: Deinet, Ulrich (Hrsg.): Sozialräumliche Jugendarbeit. Eine praxisbezogene Anleitung zur Konzeptentwicklung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Leske + Budrich; Opladen.

Rose, Lotte (2002). Und wo bleibt die Geschlechterorientierung in einer sozialräumlichen Jugendarbeit? In: Deinet, Ulrich / Krisch, Richard (Hrsg.): Der sozialräumliche Blick der Jugendarbeit. Methoden und Bausteine zur Konzeptentwicklung und Qualifizierung. VS Verlag für Sozialwissenschaften; Wiesbaden. S.69 – 86

Stange, Waldemar (o.J.): Sozialraum- und Lebensweltanalyse. Bedürfnisermittlung – Bestandserhebung – Bedarfsfeststellung. Baustein A 2.1. Deutsches Kinderhilfswerk e.V. URL: [http://www.kinderpolitik.de/images/downloads/Beteiligungsbausteine/a/Baustein\\_A\\_2\\_1.pdf](http://www.kinderpolitik.de/images/downloads/Beteiligungsbausteine/a/Baustein_A_2_1.pdf); dl: 19.06.2014

**Generationengerechtigkeits-Preis**

*Der von der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) ausgeschriebene Generationengerechtigkeits-Preis 2013/14 fragt, inwiefern aktuelle Bewegungen wie die Occupy-Bewegung oder die spanische Bewegung „Democracia Real YA!“ „Jugendbewegungen“ sind und „generationengerechte“ Reformen zum Ziel haben. Mögliche Unterfragen lauten: Wodurch werden Jugendbewegungen definiert? Wie entstehen Jugendbewegungen und unter welchen Bedingungen sind sie erfolgreich? Kann man gemeinsame Interessen von jungen Menschen feststellen?*

*Die Ausschreibungsunterlagen sind unter [kontakt@srzg.de](mailto:kontakt@srzg.de) erhältlich. Einsendeschluss ist der 15. Oktober 2014*

## Situation von Kindern mit Migrationshintergrund

Rund ein Drittel der Kinder unter 15 Jahren in Deutschland hat einen Migrationshintergrund. Neun von zehn sind in Deutschland geboren, sieben haben die deutsche Staatsbürgerschaft. Die meisten leben in Familien mit hohem oder mittlerem Berufs- und Bildungsniveau. Und obwohl die Mehrheit der Kinder mit Zuwanderungshintergrund nicht in Armut lebt, verfügen sie deutlich häufiger als Kinder ohne Migrationshintergrund über nur geringe kulturelle, soziale und ökonomische Ressourcen im Elternhaus.

Im Kinder-Migrationsreport des Deutschen Jugendinstituts (DJI) sind Ergebnisse repräsentativer Erhebungen zu Lebenslagen und Lebenswelten von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte (z.B. World-Vision-Studie, LBS-Kinderbarometer) kompiliert und durch eigene kindesbezogene bzw. altersspezifische Auswertungen von Daten des Mikrozensus sowie des DJI-Surveys „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ (AID:A) aus dem Jahre 2009 ergänzt worden. Einbezogen wurden zudem amtliche Datenquellen, wie die Schul- oder die Kinder- und Jugendhilfestatistik.

Der Report macht deutlich: „Kinder mit Migrationshintergrund“ sind keine homogene Gruppe. Ihre Lebenslagen und Lebenssituationen unterscheiden sich teilweise erheblich nach den Regionen, in denen sie aufwachsen, nach ihrer vom sozialen Status der Eltern abgeleiteten sozialen Position in der Gesellschaft, nach Altersstufen und nach Geschlecht. Zudem sind ihre Eltern oder Großeltern aus unterschiedlichen Ländern der Welt zugewandert. Manche Kinder haben selbst den Migrationsprozess miterlebt, manche haben in Deutschland geborene (Groß-)Eltern bzw. (Groß-)Elternteile, viele sind selbst hier geboren.

Im Folgenden werden insbesondere die familiären Ressourcen der Kinder, ihre Wahrnehmung des Familienlebens sowie den Zugang zu vorschulischer und schulischer Bildung in den Blick genommen – nicht nur unter einer institutionellen Perspektive, sondern auch hinsichtlich der Rolle der Familie in diesem Kontext und dem Befinden von Kindern in der Schule.

### Familiäre Lebenslagen und Unterstützungsbedarf

Ebenso wie Kinder ohne Migrationshintergrund leben Mädchen und Buben mit familiärer Zuwanderungsgeschichte meist in Familien, in denen hohe und mittlere Berufs- und Bildungsabschlüsse der Eltern, die Einbindung in den Arbeitsmarkt und das Aufwachsen ohne Armut eine Basis für eine förderliche Entwicklung bilden; d.h. diese ist sowohl von allenfalls vorhandenen kulturellen wie sozialen und ökonomischen Ressourcen abhängig.

Der Blick auf die weniger gut mit familiären Ressourcen ausgestatteten Kinder zeigt allerdings, dass dies einen deutlich höheren Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund betrifft: Fast jedes sechste Kind mit Migrationshintergrund lebt in einem familiären Kontext, der durch Armut und Erwerbslosigkeit geprägt ist, und beinahe jedes vierte wächst in einem Elternhaus mit einem niedrigen Bildungsniveau auf (gemessen an den Berufs- und Bildungsabschlüssen des höher qualifizierten bzw. alleinerziehenden Elternteils). Der Anteil der Kinder ohne Migrationshintergrund liegt im Falle familiärer Armut und Erwerbslosigkeit nur halb, im Falle von geringen elterlichen Bildungsressourcen nur ein Viertel so hoch wie der von Kindern mit Migrationshintergrund.

Hinter der Kategorie „mit Migrationshintergrund“ verbergen sich jedoch unterschiedliche Gruppen, die nicht gleichermaßen von ökonomischen, sozialen und kulturellen Risiken betroffen sind. Im DJI-Migrationsreport wird hier zwischen Zuwanderern aus Polen, den ehemaligen EU-Anwerbestaaten, dem ehemaligen Jugoslawien, der Türkei, Russland und den EU-27-Mitgliedsstaaten unterschieden. Differenziert danach, ob ein oder zwei Elternteile aus dem Ausland zugewandert sind, zeigt sich, dass es vor allem Kinder mit beidseitigem Migrationshintergrund sind, die erheblichen ökonomischen, sozialen und kulturellen Risiken ausgesetzt sind. Auch die Unterscheidung nach der Zugehörigkeit zu einer Migrantengeneration verweist auf deutliche Divergenzen in den kindlichen Lebenslagen: Vor allem Kinder der 1. Generation, d.h. jene, die mit ihren Eltern selbst zugewandert sind, leben in mehrfach benachteiligten Lebenssituationen: Etwa jedes vierte dieser Kinder ist ökonomischen, sozialen und kulturellen Risiken ausgesetzt.

Die für den Kinder-Migrationsreport verantwortliche DJI-Forscherin Kirsten Bruhns merkt hier jedoch an, dass ein fast ebenso hoher Anteil von Kindern der 1. Migrantengeneration (40%) wie von Kindern ohne Migrationshintergrund (42%) in einem Elternhaus mit

Tabelle 1: Das Familienklima in der Bewertung 9 – 12jähriger Kinder mit und ohne Migrationshintergrund

Aussage	Mit Migrationshintergrund	Ohne Migrationshintergrund
Ich bin immer oft/gerne mit meiner Familie zusammen	97	98
In unserer Familie haben wir immer/oft viel Spaß miteinander	93	95
In unserer Familie können wir immer/oft über alles sprechen	88*	92*
In unserer Familie kommt es nie/selten zu Reibereien	86	85
In unserer Familie geht nie/selten jeder seinen eigenen Weg	78	77

Angaben in Prozent; \* Unterschiede signifikant

Quelle: DJI-Survey AID:A 2009, n=2-519

einem hohen Berufs- und Bildungsniveau aufwächst. Damit erreichen sie Anteile, die doppelt so hoch sind wie in der Gruppe der Kinder mit beidseitigem Migrationshintergrund (20%) und deutlich höher als in der Gruppe jener, deren Eltern bzw. Großeltern zugewandert sind (24%). Dies deutet Bruhns zufolge darauf hin, dass die Eltern dieser Kinder ihre Bildungsressourcen (noch) nicht adäquat zugunsten einer Verbesserung der Einkommens- und Erwerbssituation realisieren konnten. Multivariate Analysen zeigten allerdings, dass der Einfluss eines hohen Bildungsgrades im Elternhaus die Chancen auf eine Lebenssituation frei von ökonomischen und sozialen Risiken für Kinder mit Migrationshintergrund in geringerem Ausmaß erhöht, als dies bei Kindern ohne Migrationshintergrund der Fall ist.

Die Unterscheidung der Kinder mit Migrationshintergrund nach familialem Herkunftsland belegt ebenfalls die große Heterogenität ihrer Lebenslagen. Zugleich wird aber deutlich, dass Kinder ohne Migrationshintergrund im Vergleich zu Mädchen und Buben aus jedem der unterschiedenen Herkunftsländer seltener in Armut leben und seltener Eltern haben, die nicht in den Arbeitsmarkt integriert sind bzw. weniger häufig in einer Familie mit einem niedrigen Bildungsniveau leben. Am höchsten belastet sind in allen drei Dimensionen Kinder mit türkischem Migrationshintergrund: Fast jedes zweite Kind wächst in einem Elternhaus mit einem niedrigen Bildungsniveau auf, jedes fünfte lebt in Armut bzw. in einer Familie, in der die Eltern nicht erwerbstätig sind.

Unter allen Herkunftsgruppen ist der Anteil der Kinder mit polnischem Migrationshintergrund, die in ökonomischen und kulturellen Risikolagen aufwachsen, am geringsten. Erwerbslosigkeit in der Familie erleben

diese Kinder ebenso häufig wie Kinder, deren Familien aus einem EU27-Mitgliedsstaat zugewandert sind. Kinder aus dem ehemaligen Jugoslawien hingegen leben noch seltener in Erwerbslosenhaushalten, jedoch wächst ein Drittel von ihnen in bildungsfernen Milieus auf. Doch auch bei Mädchen und Buben aus anderen Herkunftsländern erweist sich das durch ein niedriges Bildungsniveau definierte kulturelle Risiko als sehr hoch. Aus den Ergebnissen des Mikrozensus leitet Bruhns vor allem bei drei Gruppen einen hohen Unterstützungsbedarf ab: bei Kindern mit beidseitigem Migrationshintergrund, bei jenen, die selbst migriert sind (1. Generation) sowie bei Kindern mit türkischem Migrationshintergrund.

### Familienklima

Verschiedene Studien haben herausgearbeitet, dass Einkommensarmut in der Familie, geringe Bildungsressourcen und die fehlende Integration der Eltern in den Arbeitsmarkt hinderlich für die Entstehung und Aufrechterhaltung eines entwicklungs- und bildungsförderlichen Familienklimas sind. Gleichzeitig wird jedoch darauf hingewiesen, dass gemeinsame Aktivitäten von Kindern und Eltern sowie eine positive emotionale Beziehung Schutzfaktoren gegen vielfach belastete Lebenslagen darstellen.

Daten des DJI-Surveys AID:A 2009 belegen, dass es bei gemeinsamen Unternehmungen von Eltern und unter 9-jährigen Kindern sowie in der Beziehung 9- bis 12-Jähriger zu Vater und Mutter bzw. in der Bewertung des Familienklimas zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund geringe bzw. nur punktuelle Differenzen gibt. So ähneln sich von den Eltern genannte gemeinsame Indoor-Aktivitäten sowohl in den Altersgruppen der unter 6-Jährigen als auch der 6- bis 8-Jährigen. Auch die Differenzierung

der Einschätzung des Familienklimas nach dem sozialen Hintergrund der Kinder zeigt ähnlich positive Wahrnehmungstendenzen bei Kindern mit und ohne Migrationshintergrund (vgl. Tabelle 1, S. 19).

Dass sich Kinder mit Migrationshintergrund in ihrer Familie gut aufgehoben, verstanden und geliebt fühlen, bestätigen Aussagen 9- bis 12-Jähriger über die Beziehung zu Mutter und Vater. Dabei wird deutlich, dass – ebenso wie bei Kindern ohne Migrationshintergrund – zur Mutter ein engeres Verhältnis besteht. Unterschiede zwischen den beiden Gruppen sind wiederum sehr gering. Unterschiede in der Wahrnehmung von Kindern verschiedener Schichten sind überwiegend gering, lediglich die Kommunikation mit dem Vater wird von Kindern aus niedrigeren sozialen Schichten schlechter bewertet. Dies gilt sowohl für Kinder mit als auch ohne Migrationshintergrund.

Von schwerer Gewalt berichtet ein doppelt so hoher Anteil von Mädchen und Buben mit Zuwanderungsgeschichte. Vor allem Kinder aus den familiären Herkunftsländern/regionen Arabien/Nordafrika und Türkei berichten von Gewalterfahrungen in der Familie. Diese Angaben vertragen sich kaum mit der These des „Schutzfaktors Familie“, sondern weisen auf problematische familiäre Entwicklungsbedingungen der Kinder mit Migrationshintergrund hin. Angesichts des von ihnen generell als harmonisch beschriebenen Familienklimas verortet Kirsten Bruhns hier weiteren Forschungsbedarf.

### Bildung

Jugendliche mit Migrationshintergrund erwerben seltener als jene ohne Migrationshintergrund Gymnasialabschlüsse und verlassen die Schule häufiger mit einem Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss. Ein Blick auf den Besuch unterschiedlicher Schulararten bestätigt, dass Kinder mit Migrationshintergrund häufiger nach der Grundschule die Hauptschule und seltener das Gymnasium besuchen. Der Übertritt ins Gymnasium ist jedoch vor allem durch Leistungs- und soziale Faktoren beeinflusst, während der Migrationshintergrund als solcher nur eine geringe Rolle spielt. Dabei bleibt offen, wodurch diese „Restkategorie“ ihre Bedeutung erhält: Traditionelle und kulturelle Einflüsse

se könnten hier ebenso eine Rolle spielen wie Informationsdefizite und Diskriminierungen.

Einfluss auf erfolgreiche schulische Bildungsverläufe wird u.a. dem Besuch von Kinderbetreuungseinrichtungen zugeschrieben. Kinder mit Migrationshintergrund haben vor diesem Hintergrund eine schlechtere Ausgangslage: Von den 3- bis 5-Jährigen nimmt zwar ein relativ hoher Anteil eine institutionelle Betreuung, Bildung und Erziehung in Anspruch, dieser liegt aber um 12 Prozentpunkte niedriger als bei den Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund. Bei den unter 3-Jährigen unterschreitet er den Anteil bei den Kindern ohne Migrationshintergrund um 16 Prozentpunkte (vgl. Tabelle 2).

Hierfür dürfte laut Bruhns auch eine Rolle spielen, dass Kinder mit Migrationshintergrund häufiger Mütter haben, die nicht erwerbstätig sind, dass sie öfter aus Familien mit einem niedrigen Bildungsniveau kommen und im Durchschnitt mehr Geschwister haben – alles Einflüsse, die bei der bisherigen Praxis der Inanspruchnahme die Wahrscheinlichkeit senken, dass Kinderbetreuungseinrichtungen besucht werden.

Doch nicht nur in Kindertageseinrichtungen werden Mädchen und Buben auf die Schule vorbereitet. Auch die Eltern wenden häufig unterschiedliche Übungen und Lernaktivitäten an, um den Übergang in die Schule zu erleichtern. Kinder mit Migrationshintergrund profitieren hiervon tendenziell etwas weniger als Kinder ohne Zuwanderungsgeschichte (vgl. Tabelle 3). Am größten sind die Unterschiede mit 12 Prozentpunkten in der Kategorie „Bücher lesen“. Dabei ist anzumerken, dass jedoch beim „Bücher lesen und anschauen“ als gemeinsame familiäre Freizeitaktivität keine Differenzen nach dem Migrationshintergrund der Kinder auftreten. Vermutlich wird diese Aktivität von den Befragten nicht als Lernunterstützung gesehen.

Ausgeprägter als Unterschiede zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund bei der vorschulischen Lernunterstützung sind in der Regel Unterschiede zwischen Kindern, die einer niedrigen und jenen, die einer hohen sozialen Schicht angehören, wobei die Schichtunterschiede bei den Kindern mit

**Tabelle 2: Betreuungsquoten für Kinder nach Migrationshintergrund und Altersgruppen**

<i>Altersgruppe</i>	<i>Mit Migrationshintergrund</i>	<i>Ohne Migrationshintergrund</i>
Unter 3 Jahre	14	30
3 – 5 Jahre	85	97

Angaben in Prozent. Quellen: Statistisches Bundesamt 2011; Bruhns 2013

**Tabelle 3: Elternunterstützte schulvorbereitende Lernaktivitäten von Kindern**

<i>Lernaktivität</i>	<i>Mit Migrationshintergrund</i>	<i>Ohne Migrationshintergrund</i>
Mit Alphabet-Spielzeug spielen	43	38
Lieder singen	50	57
Schilder oder Beschriftungen vorlesen	52	60
Wortspiele spielen	63	65
Geschichten erzählen	69	75
Bücher lesen	80	92

Befragt wurden Eltern 6 – 8jähriger Kinder (n=1.722; Angaben in %).  
 Quellen: DJI-Survey AID:A 2009, Bruhns 2013

Migrationshintergrund etwas größer sind als bei jenen ohne familiäre Zuwanderungsgeschichte. Besuchen Kinder die Schule, so erhalten sie in Familien mit Migrationshintergrund ebenso häufig Hilfe bei schulischen Problemen durch Familienangehörige wie Kinder ohne Migrationshintergrund. Die Differenzierung nach Zugehörigkeit zu einer Zuwanderungsgeneration verweist allerdings darauf, dass Kinder, die selbst am Migrationsprozess beteiligt waren (1. Generation), bei Problemen in der Schule seltener als andere – vermutlich aufgrund der geringen Vertrautheit mit dem deutschen Schulsystem – auf Hilfe in der Familie zurückgreifen können. SchülerInnen mit türkischem Migrationshintergrund verlassen die Schule relativ häufig mit einem Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss. Annahmen, nach denen diese SchülerInnen nicht ausreichend in ihren Familien unterstützt werden, widersprechen Daten, nach denen deren Eltern etwas öfter als andere Hilfe bei Hausaufgaben leisten. Gleichzeitig gibt fast die Hälfte der Eltern mit türkischem Migrationshintergrund (48%) an, dass ihnen eine solche Unterstützung eher schwer fällt. In der Vergleichsgruppe aller Eltern sind dies lediglich 35 Prozent.

Mehrere Datenquellen belegen, dass Eltern mit Migrationshintergrund hohe Bildungsaspirationen für ihre Kinder haben. Diese Erwartungen teilen nach Daten des DJI-Survey AID:A 9- bis 12jährige Kinder mit

Migrationshintergrund, die überwiegend die Schule mit der Hochschulreife abschließen möchten (72%). Auch wenn 88 Prozent beteuern, dass sie die Schule nicht als belastend empfinden, sorgt sich doch die Mehrzahl der Kinder mit Migrationshintergrund, dass sie den angestrebten Schulabschluss nicht erreichen könnten. Darin unterscheiden sie sich nicht von Kindern ohne Migrationshintergrund. In der Gruppe der SchülerInnen, deren Eltern beide nach Deutschland zugewandert sind, ist diese Befürchtung am stärksten vorhanden. Sie äußern auch mit Abstand am häufigsten – zu 70 Prozent gegenüber durchschnittlich 43 Prozent –, dass für sie Noten und Zeugnisse das Wichtigste in der Schule seien. Für Kirsten Bruhns deuten diese Ergebnisse darauf hin, dass sich Kinder der 2. Generation mit einem beidseitigen Migrationshintergrund in der Schule erheblich unter Druck fühlen, die Leistungsanforderungen zu erfüllen. Begleitet ist dies häufig von der Angst, in der Schule zu viele Fehler zu machen.

Zu Ängsten und schulbedingten Belastungen dürfte auch beitragen, wenn schlechte Noten zu Konflikten mit den Eltern führen. Dies ist bei 9- bis 14Jährigen mit Zuwanderungsgeschichte häufiger der Fall als bei Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund (vgl. Tabelle 4). Unbeschadet der Hinweise auf einen erheblichen Druck durch Leistungsanforderungen in der Schule gibt dennoch die Mehrzahl der Kinder mit Mi-

**Tabelle 4: Häufigkeit von Ärger mit den Eltern wegen schlechter Noten**

<i>Häufigkeit in %</i>	<i>Kinder mit Migrationshintergrund</i>	<i>Kinder ohne Migrationshintergrund</i>
Immer	16	7
Oft	14	9
Manchmal	24	18
Selten	24	27
Nie	23	38

Angaben 9-14jähriger Kinder; Quellen: LBS-Kinderbarometer 2009, Bruhns 2013

grationshintergrund an, dass es ihnen Spaß macht zu lernen. Dies gilt auch für Kinder mit beidseitigem Migrationshintergrund, jene Gruppe, welche die stärksten Befürchtungen und Belastungen äußert.

### Fazit

Die für den Kinder-Migrationsreport des DJI durchgeführten Analysen zeigen, dass die festgestellten Differenzen zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund, aus verschiedenen familiären Herkunftsländern oder aus unterschiedlichen Zuwanderungsgenerationen zu einem erheblichen Teil durch soziale Disparitäten erklärt werden können. Kinder mit einem niedrigen sozialen Status haben generell geringere Chancen, an einer institutionellen Kinderbetreuung teilzunehmen, gymnasiale Bildungsgänge zu erreichen oder von bildungsförderlichen Aktivitäten in und außerhalb der Familie zu profitieren. Gleichzeitig deuten die Ergebnisse darauf hin, dass der Migrationshintergrund für sich genommen ebenfalls, wenn auch in geringerem Maße als soziale Lebenslagen, eine Rolle spielt – insbesondere für die Chancen auf bildungsbezogene Förderung und schulisches Fortkommen.

In dieser Hinsicht verweisen die dargestellten Ergebnisse Bruhns zufolge auf Potenziale, die noch nicht

ausreichend für die Bildungsförderung von Kindern mit Migrationshintergrund bzw. von besonders benachteiligten Gruppen unter ihnen genutzt werden. Sowohl die Unterstützung durch die Eltern als auch die Lernfreude der Kinder bilden für die DJI-Forscherin viel versprechende Ausgangspunkte, um zu einer Verbesserung der Bildungsabschlüsse von Mädchen und Buben mit Zuwanderungsgeschichte beizutragen. Dabei indizieren die Forschungsergebnisse einen besonderen Unterstützungsbedarf für jene Kinder, deren Lebenslagen besonders gravierend durch ökonomische, soziale und kulturelle (bzw. bildungsbezogene) Risiken gekennzeichnet sind: Mädchen und Buben mit einem beidseitigen und einem türkischen Migrationshintergrund.

*Quellen: Andrea Macion: DJI-Kinder-Migrationsreport zeigt heterogene Lebenslagen und Unterstützungsbedarfe auf. Pressemitteilung des Deutschen Jugendinstituts, 13.05.2013; Kirsten Bruhns: Der Kinder-Migrationsreport: Kinder mit fremden Wurzeln in Deutschland, DJI online, Mai 2013; Kinder mit Migrationshintergrund sind keine homogene Gruppe, Interview von Susanne John mit Kirsten Bruhns, DJI online, Mai 2013*

## Wenn Kinder nicht bei ihren leiblichen Eltern aufwachsen

### Soziale Elternschaft in Westafrika

In weiten Teilen Westafrikas ist es seit Jahrhunderten alltäglich, dass Kinder nicht bei ihren leiblichen Eltern, sondern bei Pflegeeltern aufwachsen. Dies gilt insbesondere auch für die Baatombu, eine Volksgruppe im Norden Benins. In ihrer Monographie *„Soziale Elternschaft im Wandel. Kindheit, Verwandtschaft und Zugehörigkeit in Westafrika“*, die aus einer mehr als 20jährigen Forschungsarbeit hervorgegangen ist, zeichnet die Bayreuther Sozialanthropologin Erdmute Alber ein detailliertes Bild des aus europäischer Sicht ungewohnten Phänomens der Kindspflegschaft. Eine weitere, von Alber mitherausgegebene Publikation, *„Child fostering in West Africa. New Perspectives in*

*Theory and Practices“*, befasst sich mit den Gründen und Folgen dieser gesellschaftlichen Praxis unter anthropologischen, historischen und rechtlichen Aspekten. Beide Publikationen werfen Fragen auf, die auch für die Diskussionen um Familie und Elternschaft in Europa interessant sind.

### „In der Mitte der Gesellschaft“: Kindspflegschaften in Benin

„In Europa und Amerika gilt es heute als selbstverständlich, dass Kinder zu ihren leiblichen Eltern gehören und von diesen versorgt werden. Doch diese Sichtweise ist erst 150 Jahre alt“, erklärt die Bayreuther Forscherin: „Während meiner Forschungsaufenthalte hat sich deutlich gezeigt, dass die Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen der westafrikanischen Baatombu von einer völlig anderen Tradition geprägt sind. Kinder leben hier über viele Jahre ganz selbstverständlich bei Pflegeeltern, ohne dass die leiblichen Eltern aufgrund von Krisensituationen genötigt wären, ihre Kinder in deren Obhut zu geben. Die Begriffe

„Soziale Elternschaft‘ und ‚Kindspflegschaft‘ sind – im Vergleich zu anderen Termini – noch am besten geeignet, diesen Sachverhalt zum Ausdruck zu bringen. Man muss dabei nur den Gedanken an medizinisch oder rechtlich begründete Ausnahmesituationen fernhalten und die soziale Elternschaft als eine anerkannte familiäre Praxis verstehen.“

### Kriterien und Gründe für die soziale Elternschaft

Wenn bei den Baatombu ein Kind von dessen leiblichen Eltern in Pflege gegeben wird, wechselt in der Vorstellung aller Beteiligten die soziale Zugehörigkeit des Kindes. Es gehört nun zu einer erwachsenen Person, die in der Regel drei Kriterien erfüllt: Sie hat das gleiche Geschlecht wie das Kind; sie ist mit dem Kind und seinen Eltern verwandt; dabei ist sie in der verwandtschaftlichen Hierarchie den Eltern des Kindes übergeordnet.

Vor allem drei Gründe veranlassen die leiblichen Eltern zur räumlichen Trennung von ihren Kindern: Zunächst soll der generationenübergreifende Zusammenhalt innerhalb eines Familienverbandes gestärkt werden. Darüber hinaus ist bei den Baatombu die Vorstellung verbreitet, dass die soziale Elternschaft und die damit verbundene Distanz zu der leiblichen Mutter den Reifungsprozess der Kinder fördern. Hinzu kommt die Auffassung, dass Kinder keinen angemessenen Respekt gegenüber den Hierarchien innerhalb des Familienverbandes entwickeln, wenn sie in einer zu engen Beziehung zu ihren leiblichen Eltern leben.

### Der Beginn der Kindspflegschaft: ein neuer Lebensabschnitt

Die Kindspflegschaft beginnt in der Regel damit, dass Verwandte, welche die Kriterien für eine soziale Elternschaft erfüllen, ihr Interesse gegenüber den leiblichen Eltern bekunden. Es gilt als respektlos, wenn diese sich einer „Herausgabe“ ihres Kindes verweigern. Diese ungeschriebenen Normen lassen den Eltern wenig Spielraum, die Aufstiegschancen ihrer leiblichen Kinder durch die Auswahl von Pflegefamilien zu beeinflussen. Dennoch gelingt ihnen dies oftmals auf verdeckte Weise durch das frühzeitige Knüpfen geeigneter Kontakte. Wie Erdmute Alber zeigt, hat der Wechsel eines Kindes in eine Pflegefamilie, auch hinsichtlich der damit verbundenen Rituale, Ähnlichkeiten mit dem Wechsel einer jungen Frau in die Familie ihres Ehemannes.

Die Vorstellung, die Kinder könnten durch die langjährige Trennung von den leiblichen Eltern und Geschwistern traumatisiert und in ihrer seelischen Ent-



Die Bayreuther Ethnologin Erdmute Alber hat ihre detaillierten Forschungsergebnisse aus jahrzehntelangen Beobachtungen, Gesprächen und aufgezeichneten Lebensgeschichten gewonnen. Foto: Erdmute Alber

wicklung gestört werden, liegt den Baatombu fern. Derartige Leidenserfahrungen scheinen insgesamt eher selten zu sein. „Als bemerkenswert erlebte ich in den Gesprächen, dass die überwiegende Mehrheit der erwachsenen ehemaligen Pflegekinder ihre Pflegschaftserfahrungen und die Zeit der Pflegschaft nicht bereut“, berichtet Alber.

In einer Fallstudie zur Volksgruppe der Fée im Nordosten Benins zeigt die Bayreuther Ethnologin Jeannett Martin allerdings, wie unterschiedlich die sozialen und emotionalen Erfahrungen von Pflegekindern sein können, die in der Obhut von Verwandten leben: Handelt es sich um Verwandte der leiblichen Mutter, erleben die Kinder ihr familiäres Umfeld als beschützend, vertrauensvoll und tolerant; wachsen sie hingegen bei Verwandten des leiblichen Vaters auf, sind sie viel häufiger mit Konflikten, Unsicherheit und autoritärem Verhalten konfrontiert.

### Ambivalenz der biologischen Elternschaft

Auffällig ist bei den Baatombu die ambivalente Einstellung gegenüber der biologischen Elternschaft.

### Hintergrund

*Die Baatombu leben größtenteils im Nordosten der Republik Benin, in einer Region, die unter dem historischen Namen „Borgu“ bekannt ist und sich auch auf nigerianisches Staatsgebiet erstreckt. Viele Menschen arbeiten noch heute als Ackerbauern in Dörfern, die in der Regel aus wenigen Gehöften bestehen. Zugleich aber ist die Zahl der Baatombu, die in den Städten als Handwerker oder in modernen Ausbildungsberufen tätig sind, in den letzten Jahrzehnten stetig gestiegen. Eine Volkszählung im Jahr 2002 ergab, dass in Benin rund 564.000 Personen leben, die der Volksgruppe der Baatombu angehören – ohne dass sie dabei eine homogene ethnische Gemeinschaft bilden.*

Einerseits werden leibliche Kinder als Ausdruck einer gelungenen Ehe angesehen; freiwillige Kinderlosigkeit gilt als unvorstellbar oder sogar als unanständig. Nach der Übergabe der eigenen Kinder in eine Pflegefamilie behalten die biologischen Eltern eine gewisse soziale Funktion, beispielsweise als Namensgeber oder auch als Krisenheimat. Andererseits schämen sich Eltern vor einer Zurschaustellung ihrer Bindungen an ihre leiblichen Kinder, weshalb Frauen früher vorzugsweise allein entbanden. Emotionale Bindungen werden öffentlich nicht gezeigt, persönliche Kontakte zu leiblichen Kindern im Verborgenen gehalten. Daher werden auch die Heiraten der Kinder in der Regel von den sozialen Eltern und nicht von den leiblichen Eltern arrangiert.

### Ethnologische Feldforschung und persönliche Lebenserfahrungen

Die Bayreuther Ethnologin hat ihre detaillierten Forschungsergebnisse aus jahrzehntelangen Beobachtungen, Gesprächen und aufgezeichneten Lebensgeschichten gewonnen. „Es ging mir darum, aufmerksam und beobachtend am Alltag der Menschen teilzunehmen. Ich begleitete sie bei Verwandtenbesuchen, Zeremonien und Festen und erlebte Geburten, Initiationsriten und Konfliktsituationen“, berichtet Alber. Vor diesem Hintergrund setzt sie sich kritisch mit Deutungen von Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen auseinander, die bisher in ihrem Fach dominierten und von der ethnologischen Forschung insbesondere in Großbritannien und Frankreich geprägt sind.

Die Praxis der Kindspflegschaft in Westafrika ist erst seit den 1970er Jahren in den Fokus der wissenschaftlichen Forschung gerückt. In der britischen und der französischen Ethnologie richtete sich das Interesse vorzugsweise auf Institutionen und etablierte gesellschaftliche Strukturen, in die sich Verwandtschaftsbeziehungen aller Art – also auch biologische und soziale Eltern-Kind-Beziehungen – einordnen lassen. Erdmute Alber plädiert hingegen für eine Herangehensweise, die vor allem die beteiligten Akteure mit ihren speziellen Sichtweisen, Interessen, Emotionen und Konflikten in den Blick nimmt. Sie definiert Verwandtschaft als eine Form der Zugehörigkeit, die primär nicht in biologischer Abstammung, sondern im Bewusstsein der Menschen verankert ist und ihren konkreten Ausdruck in Symbolen, Handlungen, Emotionen und sozialen Erwartungen findet.

Die neuen Analysen zur sozialen Elternschaft in Westafrika sind aber nicht nur aus der distanzierten Perspektive wissenschaftlicher Feldforschung, sondern auch aus privaten Erfahrungen und Bindungen hervorgegangen. Während eines längeren Forschungsaufenthalts baute die Bayreuther Wissenschaftlerin in einem Dorf der Untersuchungsregion ein Haus und entwickelte immer stärkere Beziehungen zur Dorfgemeinschaft. Sie selbst hat dabei – im Kontrast zur traditionell geforderten Gleichgeschlechtlichkeit von Pflegekindern – die soziale Elternschaft für den Sohn einer befreundeten Familie übernommen und dessen Schulbildung ermöglicht.

### Soziale Elternschaft im politischen und gesellschaftlichen Wandel

Seit dem Beginn der Kolonialzeit haben sich die familiären Beziehungen in Benin erheblich gewandelt. Unter dem Einfluss der französischen Kolonialmacht und später nach der staatlichen Unabhängigkeit änderten sich jeweils sowohl die sozialen Normen als auch die Praxis der Kindspflegschaft. Um diese Entwicklungen nachzuzeichnen, hat Alber zahlreiche Quellen aus dem beninischen Nationalarchiv ausgewertet und die Lebensgeschichten sehr alter Menschen herangezogen. „Die Geschichte der Kindheit bei den Baatombu ist zugleich ein Teil der Geschichte der sich wandelnden Staatlichkeit und ihrer Wechselwirkung mit den sich wandelnden Familienbeziehungen“, so die Forscherin.

Eine wesentliche Bedingung des Wandels ist die Ausdifferenzierung zwischen städtischen und ländlichen Lebensformen, aber auch der Zugang zu neuen Kommunikationstechnologien, die ständige Kontakte zwischen den leiblichen Eltern und den Haushalten der Pflegeeltern ermöglichen. Die steigende Zahl von Kin-



dern und Jugendlichen, die in den städtischen Zentren Benins eine Schule besuchen oder eine berufliche Ausbildung absolvieren, lässt es für die in den Dörfern lebenden Verwandten zunehmend fraglich erscheinen, dass sich die Übernahme einer Kindspflegschaft heute noch „lohnt“. Der soziale Aufstieg durch Bildung und Ausbildung wirkt oftmals einer lebenslangen Bindung an die Pflegeeltern entgegen.

Die zunehmenden internationalen Verflechtungen der westafrikanischen Staaten bringen weitere Herausforderungen mit sich, wie eine Untersuchung der Bayerreuther Rechtsprofessorin Ulrike Wanitzek zeigt: Wenn im Ausland lebende Eltern ihre Pflegekinder auf Dauer zu sich holen wollen, ist es in der Regel erforderlich, die gewohnheitsrechtlich begründete Pflegschaft in eine staatlich anerkannte Adoption umzuwandeln. Die Zugehörigkeit von Kindern zu ihren Pflegeeltern ist im Verständnis der beteiligten Akteure ursprünglich ein flexibler Zustand, der sozialen Aushandlungsprozessen unterliegt; doch im Zuge der Globalisierung und internationaler Migrationsbewegungen wächst der Druck, diesen Zustand ungeachtet seiner kulturellen Wurzeln rechtsverbindlich zu fixieren.

„Formen und Funktionen der sozialen Elternschaft sind heute nicht mehr selbstverständlich gegeben, sondern müssen neu ausgehandelt werden“, resümiert Erdmute Alber und kommt zu dem Schluss: „Angesichts der Selbstverständlichkeit, mit der Kinder in Westafrika bei anderen als den leiblichen Eltern aufwachsen, erscheinen die deutschen Diskussionen um die ‚Gefahren‘ der Kinderbetreuung oder auch die vermeintlich negativen Effekte von Patchwork-Familien in einem ganz anderen Licht.“

*Quellen: Pressemitteilungen der Universität Bayreuth (Christian Wißler), 13.02.2014; 13.08.2013*

#### Veröffentlichungen

Erdmute Alber, Soziale Elternschaft im Wandel, Kindheit, Verwandtschaft und Zugehörigkeit in Westafrika, Berlin 2014

Erdmute Alber, Jeannett Martin and Catrien Notermans (eds.), Child Fostering in Africa. New Perspectives on Theory and Practices. Africa-Europe Group for Interdisciplinary Studies, Vol. 9., Leiden / Boston 2013

#### Journalistenpreis „Familia 2014“

*Anlässlich des Internationalen Jahres der Familie 2014 (IYF 2014) vergeben die sechs im Familienpolitischen Beirat des Bundes vertretenen Familienorganisationen mit Förderung des Bundesministeriums für Familien und Jugend den Journalistenpreis „Familia 2014“.*

*Der Preis für journalistische Leistungen im Interesse der Familien besteht aus einem Hauptpreis im Wert von 2.000 Euro sowie einem Förderpreis von je 1.000 Euro in den vier Kategorien:*

- *Vereinbarkeit von Familie und Beruf*
- *Familienfreundliche Gesellschaft*
- *Familienberatung- Familien und Krise*
- *Elternbildung – Betreuung und Erziehung*

*Ziel ist es, die für Familien in ihrer ganzen Vielfalt relevanten Themen aufzugreifen, mehr Raum im öffentlichen Diskurs einzuräumen, das fachliche Know-how zu erhöhen und das Themengebiet zu entideologisieren und zu versachlichen. Eingereicht werden können journalistische Arbeiten jeder Form und Art, die sich mit Fragen und Problemen der Familie befassen und die im Jahr 2014 in einem österreichischen Medium erschienen sind oder gesendet wurden. Erstmals wird auch ein mit 1.000 Euro dotierter Online-Preis vergeben.*

*Einsendeschluss ist der 31. Dezember 2014. Detaillierte Informationen und die genaue Ausschreibung findet man auf der Homepage des Katholischen Familienverbandes [www.familie.at](http://www.familie.at) im Pressebereich unter der Rubrik „Familia 2014“.*

## Büchereien: Auslaufmodell oder Zukunftsprojekt?

### Die Bibliotheksfunktionen aus Sicht der Mitglieder der Stadtbibliothek Ansfelden<sup>1</sup>

In der Vorstellung vieler Menschen liegt die Bibliothek zwischen einer reinen Entleihstelle für Bücher und moderne Medien bzw. einer billigen Alternative zum Selbstkauf und einem Kompetenz- und Kommunikationszentrum, das hilft, die Informationsflut durch ein Netzwerk zu managen. Ersteres steht dem isolierten Einzelmenschen nahe, der sich mit einem Stapel Bücher und Videos in seine vier Wände zurückzieht. Zweiteres ermöglicht es Menschen, sich verstehend in den geschichtlichen Prozess von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft einzuordnen und macht offen für andere Kulturen, Lebensstile und Problemlösungen.

Damit wird klar, dass Bibliotheken mehr Aufgaben haben (können) als die organisierte Lagerung von Schriftwerken. Sie bieten eine Grundversorgung an Informationen und darüber hinaus Spezialwissen für gehobene Ansprüche. Sie können eine bürgerschaftliche Kulturarbeit stützen, Geschichte lebendig halten und an die Nutzung neuer Medien heranführen. Bibliotheken sind eine wesentliche Säule unserer Bildungsbestrebungen, indem sie die schulische sowie die berufliche Ausbildung mittragen und Räume für teambasiertes Lernen schaffen. Und in einer heterogenen Gesellschaft sind Büchereien wertvolle Integrations- und Kontakträume unterschiedlicher Gruppen (z.B. Henning 2009, Thorhauge 2004, BVÖ 2009).

Wie wichtig insbesondere letzteres ist, lässt sich mit Theorien von Jürgen Habermas (1988) noch verdeutlichen. In seiner Zeitdiagnose erkennt er die Herausforderung unserer Gesellschaft in einem umfassenden und machtfreien Diskurs, in dem wir uns auf gemeinsame Werte, Deutungsmuster und Vorstellungen verständigen. Die zunehmende Rationalisierung unserer Gesellschaft lässt uns stärker von Fachmeinungen abhängig werden und zerstört die synthetisierende Kraft unseres Alltagsbewusstseins. Zusätzlich sickern die Wertmaßstäbe und Steuermedien der Systemwelt (welche primär für die materielle Reproduktion unserer Gesellschaft zuständig ist) unverkennbar in unsere Lebenswelt ein. Es greift die Vorstellung um sich, dass wir alles auf Basis von Kostenkalkulationen und sturer

<sup>1</sup> Stadt südlich von Linz, an der Westautobahn gelegen.

Bürokratietreue regeln können und sollen. Habermas arbeitet aber durch seine Analysen deutlich heraus, dass die Gesellschaft vom kommunikativen Handeln abhängig ist. Hier werden über Verständigung und Dialog individuelle Handlungspläne und Deutungen so koordiniert, dass sie die soziale Integration der Gesellschaft sicherstellen können.

Bibliotheken kommen aus dieser Perspektive in zweifacher Hinsicht unter Druck. Zum einen wird aus einem allgemein wahrgenommenen Kostendruck die Sinnhaftigkeit und Leistbarkeit dieser Einrichtungen in Frage gestellt. Geld entwertet, was es nicht bewerten kann (Illich 1978). Es besteht die Gefahr, dass das „kommunikative Potential“ der Bibliotheken übersehen wird. Zum anderen stehen Bibliotheken vor der Herausforderung, einen Diskursraum zu schaffen, in dem eine zivilgesellschaftliche Meinungsbildung unter Ausschluss wirtschaftlicher und parteipolitischer Machtfaktoren erfolgen kann.

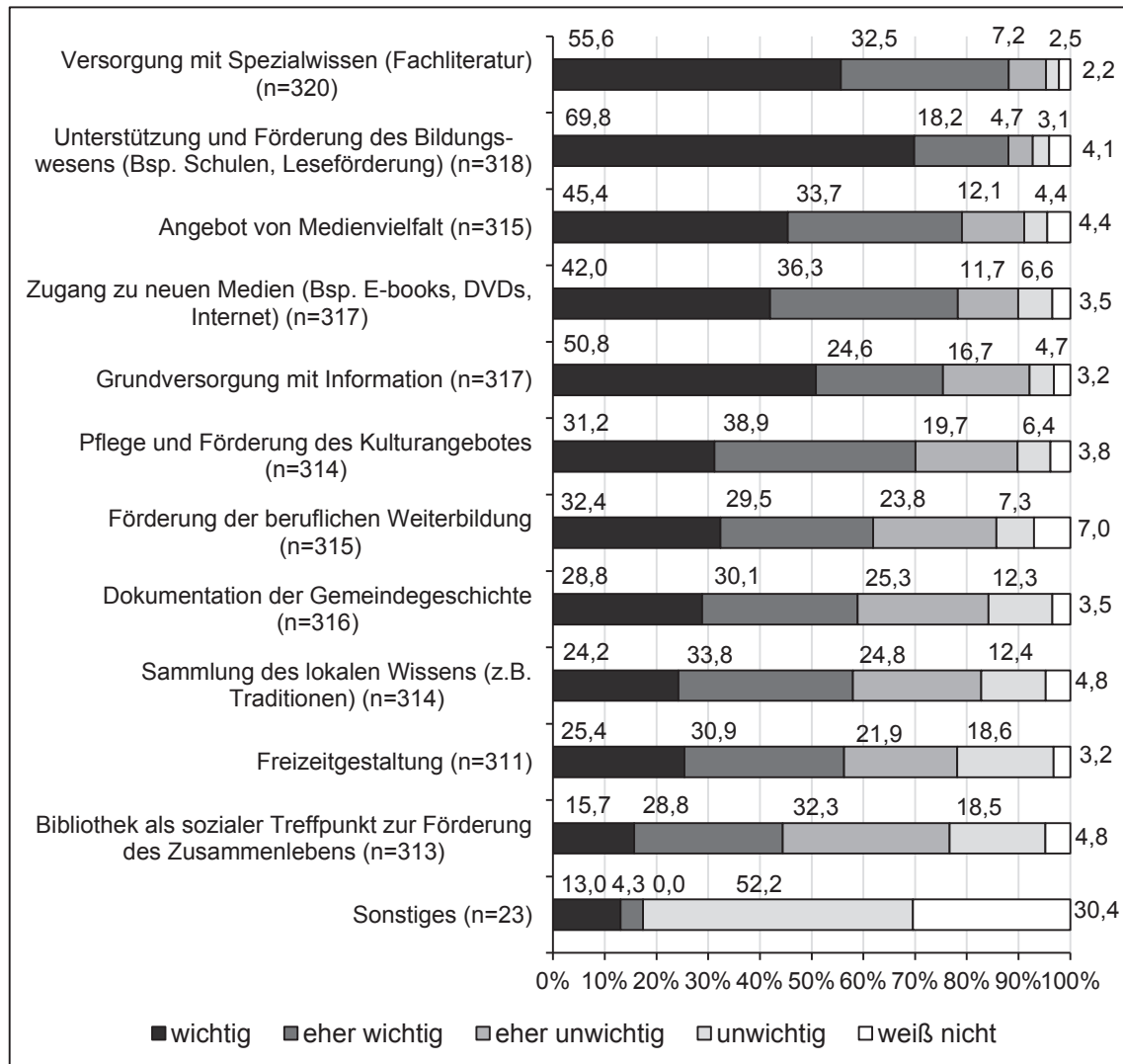
Bibliotheken bringen unterschiedliche Bevölkerungsgruppen zusammen, bieten breite Information und gelten als öffentliche Räume – gute Voraussetzungen, um einen machtfreien Diskurs im Sinne von Habermas in Gang zu setzen und die sozialen Kohäsionskräfte zu stärken. Unsere menschliche Freiheit wird nicht vom zweck- und kostenrationalen Handeln, sondern durch den kommunikativen Diskurs genährt.

### Methodisches Vorgehen

Das zentrale Forschungsinteresse der Studie galt der Perspektive der Kunden und Kundinnen hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Bibliothek Ansfelden sowie der zukünftigen Entwicklung und den gesellschaftspolitischen Ansprüchen an die Bibliothek. Als Grundgesamtheit wurden alle Mitglieder der Bibliothek Ansfelden zum Stichtag 1. Jänner 2013 definiert. Diese umfasst etwa 3.900 Personen. Die Erhebung ist im Wesentlichen als Totalerhebung konzipiert. Lediglich für die Altersklasse „6 bis 9 Jahre“ wurde eine Klumpenauswahl über Schulklassen getroffen. Zur Datenerhebung wurden vier an die jeweilige Altersklasse angepasste Fragebögen entwickelt. Die Datenerhebung erfolgte schließlich im Zeitraum 1.02.2013 bis 20.03.2013. Bei den über 10-Jährigen konnten 2.889 Fragebögen erfolgreich zugestellt werden. 440 Fragebögen langten ausgefüllt wieder ein, was einer Rücklaufquote von 15,2 Prozent entspricht. Zusammen mit der Klassenzimmerbefragung ergibt sich eine Stichprobengröße von 520 Personen.

Aus der Fülle der erhobenen Daten wurde für den vorliegenden Beitrag insbesondere der Bereich der Bib-

Abbildung 1: Wichtigkeit der gesellschaftlichen Zwecke der Bibliothek; prozentuierte Häufigkeiten



liotheksfunktionen ausgewählt. Die Beurteilung der Wichtigkeit der einzelnen Bibliotheksfunktionen bzw. -aufgaben wurde nur den über 16-Jährigen (n=338) abverlangt. Die nun folgenden Ergebnisse, einschließlich demografischer Angaben, beziehen sich daher nur auf diese Gruppe.

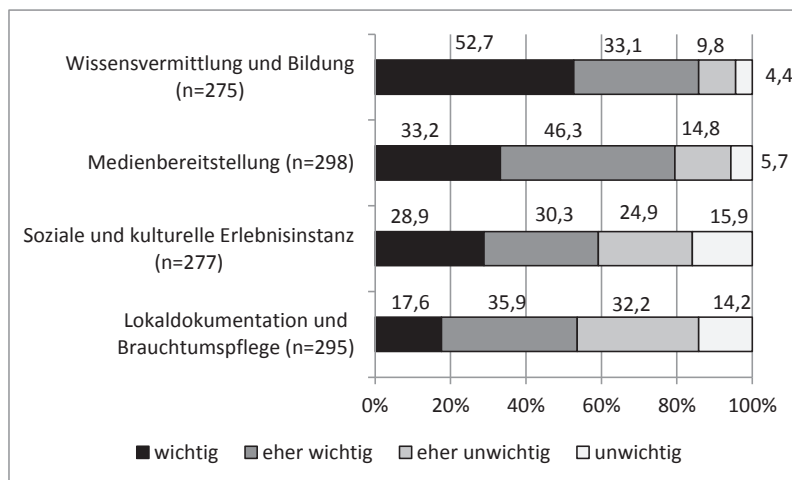
**Demografische Merkmale der Stichprobe**

Auch der Bibliotheksbesuch scheint wie das Lesen selbst eine Domäne der Frauen (Philipp & Garbe 2007) zu sein: 82,6 Prozent der Befragten sind weiblich, 17,4 Prozent männlich. Das Durchschnittsalter liegt bei 44,5 Jahren. Etwa 20 Prozent sind jünger als 30 Jahre, ebenso viele älter als 60 Jahre.

Knapp 20 Prozent kommen mit ihrer höchsten abgeschlossenen Schulbildung über die Pflichtschule nicht hinaus. Fast die Hälfte hat eine Lehre oder Fachschule abgeschlossen. 30 Prozent haben die Matura oder einen Hochschulabschluss. Etwa zwei Drittel der Befragten gehen einer Erwerbstätigkeit nach, wobei davon 58 Prozent in Vollzeit und 42 Prozent in Teilzeit arbeiten.

Etwa 13 Prozent leben in einem Single-Haushalt. Das Gros, nämlich 31 Prozent, gibt bei der Haushaltsgröße zwei Personen an. Jeweils etwa ein Viertel nennt drei bzw. vier Personen. Die Finanzlage wurde mittels einer 5-teiligen Skala rein subjektiv erhoben. 17 Prozent beschreiben ihre Situation mit sehr gut, 44 Pro-

Abbildung 2: Faktoren der gesellschaftlichen Zwecke von Bibliotheken; prozentuierte Häufigkeiten



zent mit gut, 33 Prozent mit mittel und nur 6 Prozent mit schlecht bzw. sehr schlecht. Als Indikator für das „objektivierte Kulturkapital“ (Bourdieu 1987) wurde der Bücherbestand im Haushalt erfragt. 27 Prozent der Befragten bemessen den Bücherbestand zwischen 101 und 200 Büchern. 42 Prozent schätzen, dass sie weniger besitzen, 31 Prozent glauben, mehr als 200 Bücher im Haushalt zu haben. Ein allfälliger Migrationshintergrund wurde indirekt ermittelt. Allen Befragten, die eine nicht-deutsche Muttersprache oder eine nicht als Fremdsprache übliche Zweitsprache angegeben haben, wurde ein Migrationshintergrund unterstellt. Der Anteil liegt bei knapp 9 Prozent.

### Die Bibliotheksaufgaben aus Kundensicht

Als Resultat der intensiven Theoriearbeit wurden Funktionen bzw. Aufgaben formuliert, die eine Bibliothek erfüllen könnte. Die einzelnen Aspekte wurden in eine Fragebatterie eingearbeitet und waren von den Befragten hinsichtlich der Wichtigkeit auf einer vierteiligen Skala zu beurteilen. Da es sich um eine gesellschaftspolitische und relativ abstrakte Fragestellung handelt, wurde auch die Möglichkeit „Weiß nicht“ angeboten.

Im Wesentlichen werden Bildungsaufgaben (z.B. Versorgung mit Wissen, Unterstützung des Bildungswesens) und die Medienvermittlung (z.B. Medienvielfalt) deutlich wichtiger eingeschätzt als kulturelle oder soziale Funktionen (z.B. Freizeitgestaltung, Treffpunkt). Die jeweiligen Detailergebnisse sind in Abbildung 1 (S. 27) ersichtlich.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Fragestellung: Eine Bibliothek kann verschiedene

Sowohl für den weiteren Analyseverlauf als auch für eine prägnante Ergebnisdarstellung war es sinnvoll, die einzelnen Variablen einer Faktorenanalyse<sup>3</sup> zu unterziehen. Die sich ergebenden Faktoren können als grob zusammenfassende, grundsätzliche Funktionen einer Bibliothek gedacht werden:

■ *Wissensvermittlung und Bildung*: Grundversorgung mit Information, Versorgung mit Spezialwissen (Fachliteratur), Unterstützung / Förderung des Bildungswesens (Bsp. Schulen, Leseförderung), Förderung der beruflichen Weiterbildung

■ *Lokaldokumentation und Brauchtumpflege*: Dokumentation der Gemeindegesehichte, Sammlung des lokalen Wissens (z.B. Traditionen)

■ *Medienbereitstellung*: Zugang zu neuen Medien (Bsp. E-Books, DVDs, Internet), Angebot von Medienvielfalt

■ *Soziale und kulturelle Erlebnisinstanz*: Pflege und Förderung des Kulturangebotes, Bibliothek als sozialer Treffpunkt zur Förderung des Zusammenlebens, Freizeitgestaltung

Auf Basis dieser Zuteilung wurden Summenindizes gebildet, die wieder auf eine vierteilige Skala rückgerechnet wurden. Von rund 85 Prozent der Befragten wird die Funktion der Wissensvermittlung und Bildung als zumindest eher wichtig angesehen. Die Medienbereitstellung liegt mit einem Anteil von knapp 80 Prozent an zweiter Stelle (vgl. Abbildung 2)

### Weitere in die Analyse einbezogene Variablen

Zur Information der Nutzer und Nutzerinnen über bibliothekarische Belange stehen mehrere Möglichkeiten zur Verfügung: Homepage, Newsletter per E-Mail, Facebook, Gemeindeblatt, Plakate, Folder, Schwarzes Brett, Bibliothekspersonal und andere Bibliotheksmitglieder. Den Befragten war es möglich, die Wichtigkeit der einzelnen Medien zu beurteilen. Fak-

Zwecke für die Gesellschaft erfüllen. Wie wichtig bzw. unwichtig sind Ihnen folgende Aufgaben für die Bibliothek Ansfelden?

<sup>3</sup> Hauptkomponentenanalyse unter Ausschluss von „Sonstiges“ und Vorgabe von vier Faktoren; paarweiser Fallausschluss, Varimax-Rotation; 70,7 Prozent erklärte Gesamtvarianz

toranalytisch<sup>4</sup> lassen sich die ersten drei Medien zu „modernen Informationsmedien“ und die verbleibenden zu „traditionellen Medien“ zusammenfassen. Von 55 Prozent der Befragten werden die traditionellen Informationsmedien als zumindest eher wichtig eingeschätzt und die modernen Medien von 38 Prozent.

Als ein zentraler Aspekt des Nutzerverhaltens wurden unter anderem die Leihfrequenzen der angebotenen Medien erhoben. Auch diese Variablen wurden auf Basis einer Faktorenanalyse<sup>5</sup> zu Indizes zusammengefasst:

- a) die klassischen Printmedien wie Romane, Sachbücher und Zeitschriften
- b) die klassischen Kindermedien wie Kinder- und Jugendbücher sowie Brettspiele
- c) die audiovisuellen Medien (Computerspiele, Musik, Video und Hörbücher)

Die klassischen Printmedien und die klassischen Kindermedien liegen hinsichtlich der Häufigkeit der Leihe deutlich vor den audiovisuellen Medien.

### **Einflussgrößen auf die eingeschätzte Bedeutung der Bibliotheksfunktionen**

Auf Basis der bisher dargestellten Variablen können nun Modelle zu den Meinungsbildern der einzelnen Bibliotheksfunktionen konstruiert werden, die die wesentlichen Einflussgrößen ausmachen. Lineare Modelle mit guter Erklärungskraft ergeben sich allerdings nur für die Traditionspflege und das soziokulturelle Erlebnis. Je nach Modell zeigen das Geschlecht, das Alter, die höchste Schulausbildung, die Haushaltsgröße, die Finanzlage, der Migrationshintergrund, die Leihe audiovisueller Medien und die traditionellen Informationsmedien beachtenswerten Einfluss (vgl. Tabelle 1, S. 30).<sup>6</sup>

Ältere Befragte schätzen alle Bibliotheksfunktionen deutlich wichtiger ein. Die Haushaltsgröße wirkt auf die Funktion der Traditionspflege sowie auf das soziokulturelle Erlebnis erhöhend. Für die Variable Migrationshintergrund gilt selbiges sinngemäß. Befragte, die eine nichtdeutsche Muttersprache oder eine „nicht gängige“ Zweitsprache haben, halten die Funktionen

Traditionspflege und soziokulturelles Erlebnis für signifikant wichtiger. Die Finanzlage übt eine Wirkung nur auf die „Medienbereitstellung“ aus. Je besser die Finanzlage, desto wichtiger ist diese Funktion – wohl nicht zuletzt deshalb, weil die neuen Medien eine kostspielige technische Ausrüstung erfordern. Tatsächlich ist diese Funktion für jene nochmals wichtiger, die sich audiovisuelle Medien entsprechend häufig ausleihen. Doch überraschend ist, dass sich hinsichtlich der Informationsmedien der Bibliothek durchgängig die „alten“ Quellen als wirksam zeigen, während die „neuen Informationsmedien“ hier ohne Befund bleiben. Je wichtiger die alten Quellen eingeschätzt werden, desto wichtiger sind alle vier Indizes der Bibliotheksfunktionen.

### **Conclusio**

Als die wichtigste Funktion der Bibliothek wird gemeinhin die Bereitstellung von Wissen und Medien angesehen. Spezifisch geht es dabei z.B. um den Verleih von Medien, die Kooperation mit dem Bildungswesen und die Bereitstellung von Spezialwissen. Auch vom Großteil der Befragten wird die Medienbereitstellung als zentral wahrgenommen. Im Vergleich dazu werden die soziokulturellen und geschichtlichen Aspekte als weniger bedeutsam angesehen. Dies betrifft die Bibliothek als Ort des Zusammentreffens und des kulturellen Austauschs bzw. auch als Sammel- und Pflegestelle der Gemeindegeschichte und –tradition.

Die zu vier Indizes zusammengefassten Bibliotheksfunktionen (Wissensversorgung, Traditionspflege, Medienbereitstellung und Erlebnisangebot) wurden mittels linearer Modelle näher untersucht. Im Wesentlichen wirkt ein höheres Alter und die Vorstellung, dass „herkömmliche Informationsmedien“ in Bezug auf die Bibliothek wichtig sind, positiv auf die eingeschätzte Wichtigkeit der Bibliotheksfunktionen. Bildung, Haushaltsgröße, Finanzlage, Migrationshintergrund und das Ausleihen audiovisueller Medien wirken auf bestimmte Einzelfunktionen.

Insbesondere ältere Menschen stützen die Bedeutung der Bibliothek, indem sie die Wichtigkeit der Bibliotheksfunktionen erkennen. Ob derzeit jüngere Befragte in späteren Jahren die Bedeutung erfassen werden, muss hier offen bleiben. Jedenfalls erscheint es günstig, im Rahmen der Bibliotheksarbeit Jung und Alt zusammenzubringen, um Werthaltungen weitervermitteln zu können.

Traditionspflege und Erlebnisfunktion sind für Bürger und Bürgerinnen mit Migrationshintergrund besonders wichtig. Die Bibliothek hat damit die grundsätz-

4 Hauptkomponentenanalyse, Varimax, paarweiser Fallausschluss, Kaiser-Kriterium. Es wurden einfache Summenindizes gebildet, die auf die ursprüngliche vier-teilige Skala rückgerechnet wurden.

5 Siehe Fußnote 3

6 Auf die Argumentation mit Signifikanzen wird hier bewusst verzichtet, da die Stichprobe nicht auf Zufälligkeit beruht. Standardisierte Beta-Werte ab etwa 0,15 werden im Text beschrieben.

Tabelle 1: Lineare Modelle zur eingeschätzten Wichtigkeit der Bibliotheksfunktionen

Unabhängige Variablen		Indizes zu den Bibliotheksfunktionen			
		Wissens- vermitt- lung	Lokal- dokumen- tation	Medien- bereitstel- lung	Erlebnis- instanz
		Beta	Beta	Beta	Beta
Demografie	Geschlecht	-,01	,12	-,05	,01
	Alter	<b>,19</b>	<b>,56</b>	<b>,29</b>	<b>,53</b>
	Höchste Bildung*	-,01	,00	,12	,12
	Erwerbstätigkeit	-,00	-,09	-,09	-,05
	Haushaltsgröße	,11	<b>,22</b>	,01	<b>,23</b>
	Buchbestand	,04	,01	,01	,05
	Finanzlage	-,08	-,02	<b>-,15</b>	,07
	Internet	-,11	-,05	-,05	-,06
	Migrationshintergrund	,11	<b>,21</b>	,13	<b>,35</b>
Nutzungs- verhalten	Leihe klassischer Printmedien	-,00	-,02	-,07	,05
	Leihe Kindermedien	-,00	-,09	-,04	-,07
	Leihe audiovisueller Medien	-,01	,01	<b>,25</b>	,04
Bevorzugte Infomedien	Neue Infomedien	-,01	,07	,08	,08
	Alte Infomedien	<b>,35</b>	<b>,40</b>	<b>,20</b>	<b>,46</b>
R <sup>2</sup> <sub>korrr.</sub>		0,09	0,30	0,14	0,40
n		227	227	227	227

\* Die Variable gilt als ordinal. Die Beta-Werte verstehen sich folglich als Schätzwerte.

liche Möglichkeit, einen öffentlichen Raum zu schaffen, in dem Menschen mit nicht-österreichischen Wurzeln ihre eigene Kultur präsentieren und gleichzeitig die „österreichischen Sitten und Gebräuche“ kennenlernen können. Denkbar wäre etwa in Zusammenarbeit mit Vereinen (österreichische Traditionsvereine, Migrationsvereine, (Sub-)Kulturvereine) z.B. „buch- und kulturkulinare Wochen“ zu organisieren. Die Bibliothek stellt die Räumlichkeiten zur Verfügung und die Vereine liefern passende Buch- und Filmmidien (welche eventuell in den Dauerbestand übernommen werden) und Verpflegung.

Zumindest in Ansfelden bleiben der persönliche Kontakt mit den Bibliotheksmitarbeiterinnen und die traditionellen Informationsmedien die tragenden Säulen des bibliotheksbezogenen Informationswesens. Auch die Homepage ist bedeutend. Inwieweit soziale Netzwerke hier an Boden gewinnen werden, lässt sich

nicht abschätzen und sollte weiterhin aufmerksam beobachtet werden, um allfällige Chancen nicht zu verpassen. Das Wissen zu den Bibliotheksfunktionen wird derzeit primär über „herkömmliche Informationsmedien“ wie Printmedien, Schwarzes Brett usw. transportiert. Digitale Technologien werden nicht von allen in gleicher Weise angenommen („digital divide“). Die Bibliothek muss hier den „Spagat“ schaffen, technologieinteressierte und „traditionelle“ Leser und Leserinnen in gleicher Weise zu bedienen.

Die Bibliothek bietet insgesamt gesehen eine Möglichkeit, am Gemeindeleben aktiv teilzunehmen. Die soziale Funktion ist dabei kein theoretisches Konstrukt, sondern lässt sich empirisch bei den Mitgliedern der Stadtbibliothek Ansfelden nachweisen.

Insgesamt präsentiert sich die Stadtbibliothek Ansfelden als ein gutes Beispiel, wie durch engagierte Arbeit

und zeitgemäße Ressourcenausstattung ein wertvoller Beitrag für Bildung und Gemeindeleben möglich ist.

*Andreas Hunger, Ursula Rami  
Institut für Soziologie, JKU Linz*

#### Literatur

Bourdieu, Pierre; 1987: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main: Suhrkamp  
BVÖ; 2009: Die Zukunft gestalten. Chance Bibliothek. Konzept zur Weiterentwicklung der Öffentlichen Bibliotheken in Österreich. Wien: Österreichischer Bücherverband. [http://www.bvoe.at/mediafiles/33/chance\\_bibliothek.pdf](http://www.bvoe.at/mediafiles/33/chance_bibliothek.pdf) (14.7.2013)

Habermas, Jürgen; 1988: Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt am Main: Edition Suhrkamp  
Henning, Wolfram; 2009: Öffentliche Bibliotheken der Zukunft. <http://edoc.hu-berlin.de/miscellanies/bibliotheksbau-30189/336/PDF/336.pdf>  
Hunger, Andreas et al.; 2013: Lesen – Begegnen – Lernen. Die Stadtbibliothek aus Sicht der KundInnen. Linz: Johannes Kepler Universität  
Illich, Ivan; 1978: Fortschrittsmythen. Schöpferische Arbeitslosigkeit. Energie und Gerechtigkeit. Wider die Verschulung. Reinbek: Rowohlt  
Philipp, Maik; Garbe, Christine; 2007: Lesen und Geschlecht – empirisch beobachtbare Achsen der Differenz. [http://www.nwsb.ch/dokumente/lesen\\_und\\_geschlecht.pdf](http://www.nwsb.ch/dokumente/lesen_und_geschlecht.pdf) (14.07.2013)  
Thorhauge, Jens; 2004: Die Bibliothek der Zukunft. Hybrid, virtuell oder real? Büchereiperspektiven 01/04

## Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung – Alternativen zur Sachwalterschaft

Schätzungen zufolge leben circa 60.000 Menschen in Österreich in Sachwalterschaft. Die Zahl der neu bestellten Sachwalterschaften steigt beständig. Die Zahl der Auflösungen ist hingegen verschwindend gering. Die Beschwerden über die dauerhafte rechtliche Stellvertretung erwachsener Menschen bei der Volksanwaltschaft häufen sich. Am 20. Mai 2014 fand an der FH Oberösterreich, Campus Linz, eine Tagung statt, an der unter anderem fünf Alternativen zur Sachwalterschaft vorgestellt wurden.

In der Begrüßung bestätigte der für die Sachwalterschaft zuständige Justizminister Wolfgang Brandstetter die Reformnotwendigkeit der Sachwalterschaft und hielt fest: *„Wenn man Menschen ihre Selbstbestimmung nimmt, nimmt man ihnen auch ihre Freiheit und zerstört ihr Selbstwertgefühl!“* Die oberösterreichische Soziallandesrätin Gertrude Jahn machte auf die Diskrepanz aufmerksam, dass für die

Sachwalterschaft zwar der Bund zuständig ist, die Bereitstellung und die Finanzierung der nun angedachten Alternativen zur Sachwalterschaft jedoch in die Landeskompetenz fallen.

Marianne Schulze, die Vorsitzende des Monitoringausschusses, wies in ihrem Vortrag darauf hin, dass die aktuelle Form der Fremdvertretung dem in der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen festgeschriebenen Selbstvertretungsrecht widerspricht. Schulze argumentierte, dass der Mangel an Erfahrung und Selbstverständlichkeit im Umgang mit Menschen mit Behinderung ausgrenzend wirke: *„Man ist nicht behindert, man wird behindert!“* war eine zentrale Botschaft ihres Vortrags. Die Defizite lägen viel zu oft im Fokus und Menschen würden zu Objekten gemacht. Gerade die Maßnahme Sachwalterschaft, welche die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit des Einzelnen ersetzt, fördere die Fremdbestimmung und einen defizitorientierten Umgang mit Menschen mit Behinderungen. Schulze meint, jeder Mensch sollte „das Recht haben, Fehler zu machen“. Das anzustrebende Ziel sollte die unterstützte Entscheidungsfindung sein.

Im Anschluss daran erzählten die Selbstvertreter Alfred Prantl und Günther Miniberger aus ihrer Praxis und dem Spannungsfeld von Selbstvertretung und Sachwalterschaft. Am Nachmittag wurden mehrere Alternativen zur Sachwalterschaft vorgestellt, die im Folgenden erläutert werden.



Andreas Oechsner vom Zentrum für Kompetenzen erklärt das Modell der persönlichen Zukunftsplanung. Foto: Bianca Lechner

### Betreutes Konto

Eine der Optionen ist das betreute Konto. Dieses bietet die Möglichkeit einer finanziellen Absicherung, während dem Kontoinhaber gleichzeitig mehr Eigenverantwortung über seine Finanzen überlassen wird, erläuterte Ferdinand Hendler von der Schuldnerhilfe. Grundsätzlich handelt es sich dabei um ein Zwei-Konten-System. Wichtige Fixkosten können über eines dieser Konten, das von einem Berater verwaltet wird, abgebucht werden, um Schulden zu vermeiden. Über das andere Konto kann der Kunde absolut frei verfügen, wobei die Vollmacht über beide Konten ausdrücklich beim Kunden liegt.

### Patienten-Verfügung und Vorsorge-Vollmacht

Des Weiteren wurde von Elfriede Pichler, einer Absolventin der FH Oberösterreich, über die Patienten-Verfügung und die Vorsorge-Vollmacht informiert. Im Falle einer Erkrankung, die den Verlust der Geschäftsfähigkeit, der Einsichts- und Urteilsfähigkeit oder der Äußerungsfähigkeit bewirkt, kann im Vorhinein durch eine Patienten-Verfügung eine medizinische Behandlung abgelehnt werden. Durch eine Vorsorge-Vollmacht können bereits vorzeitig ein oder mehrere Bevollmächtigte zur Vertretung in konkreten Lebensbereichen bestimmt werden.

### Persönliche Zukunftsplanung

Bei der persönlichen Zukunftsplanung geht es, so Andreas Oechsner vom Wiener Zentrum für Kompetenzen und Karin Holzmann von der Selbstbestimmt Leben Initiative Oberösterreich, um den Einzelnen als Individuum. Jeder Mensch habe Träume und Fähigkeiten, welche gefördert werden sollten. Persönliche Zukunftsplanung legt den Schwerpunkt darauf, neue Möglichkeiten zu schaffen, um Unterstützung bedarfsorientiert zu gewährleisten. Ziel dieses Modelles sei es, Inklusion statt Integration zu erreichen, um nicht nur anwesend zu sein, sondern auch dazugehören.

### Fazit

Die Tagung „Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung“ zeigte die Defizite der Institution Sachwalterschaft auf, lenkte den Blick aber auch in die Zukunft, gefüllt mit vielen Alternativen und Gedankenanstößen zur dringenden Reform der Sachwalterschaft. Wichtig, so die zentrale Aussage des Tages, wäre eine individuell angepasste Unterstützung in einzelnen, konkret definierten Bereichen.

*Katja Lederhilger, Angela Wegscheider*



## Armut in Österreich

Rund 1,5 Millionen Menschen gelten hierzulande als armutsgefährdet, zugleich leben gegenwärtig 24 MilliardenInnen und 78.000 MillionärInnen in Österreich. Die Armutsbedrohung breiter Schichten – im Konnex mit sozialer Ungleichheit – kann somit als eines der zentralen Probleme unserer Gesellschaft angesehen werden, wobei sich die Situation durch die Finanz- und Wirtschaftskrise weiter verschärft hat. Zu den traditionell überdurchschnittlich armutsgefährdeten Gruppen, wie AlleinerzieherInnen, Langzeitarbeitslose oder chronisch Kranke, treten mittlerweile auch – zum Teil gut ausgebildete – Personen, die aufgrund des Strukturwandels in der Arbeitswelt als atypisch beschäftigte und/oder niedrig entlohnte Arbeitskräfte in die Zone der Prekarität abgerutscht sind. Parallel dazu ist eine zunehmende Polarisierung von Einkommen und Vermögen zu verzeichnen.

Vermutlich haben u.a. diese Veränderungen die HerausgeberInnen des Sammelbandes, Nikolaus Dimmel, Martin Schenk und Christine Stelzer-Orthofer, zu einer überarbeiteten und erweiterten Neuauflage des erstmals 2009 erschienenen „Handbuch Armut in Österreich“ bewogen. Diese umfasst statt ursprünglich 5 nunmehr 8 Abschnitte und ist auf den stolzen Umfang von gut 1.000 Seiten angewachsen. Zielsetzung des Bandes ist es, das vorhandene Wissen zur behandelten Thematik in systematischer Weise aufzubereiten sowie bestehende Wissenslücken zu den diversen Aspekten zu schließen. Den HerausgeberInnen geht es dabei darum, nicht bloß festzuhalten, „wer von Armut betroffen ist, sondern auch, welche Mechanismen in die Armut führen, wodurch Armut (re)produziert wird und welche Auswege es aus der und welche Bewältigungsformen es in der Armut in Österreich gibt bzw. geben könnte“, wie sie in der Einleitung vermerken. Diesem umfassenden Anspruch wird der Band, an dem 62 ExpertInnen in 57 Beiträgen mitgeschrieben haben, im Wesentlichen auch gerecht, zumal sowohl der Problembeschreibung und Analyse wie auch den Strategien der Problembekämpfung und –vermeidung breiter Raum gewidmet ist.

Zu Beginn wird gleich das – gesellschaftspolitisch brisante – Thema „Soziale Ungleichheit“ angesprochen und dabei sowohl im europäischen wie im nationalen (österreichischen) Kontext behandelt. Markus Marterbauer und Miriam Rehm informieren über die Einkommensverteilung in Österreich und Martin Schürz unternimmt den Versuch, den Vermögensreichtum in unserem Land statistisch zu erfassen. Aber nicht nur die Datenlage, auch unterschiedliche Konzepte von

Gerechtigkeit und deren Übersetzung in konkrete Verteilungsfragen werden in diesem Abschnitt behandelt.

Die beiden darauffolgenden Abschnitte befassen sich mit Ursachen und Faktoren sowie verschiedenen Erscheinungsformen der Armut. Das Spektrum reicht hier von der Kinder- und Jugendarmut über Bildungsarmut und das Phänomen der Working Poor bis hin zu Überschuldung sowie dem rezent explorierten Feld der Energie- und Mobilitätsarmut. Im Anschluss daran werden mögliche Bewältigungsstrategien thematisiert, etwa die Stärkung der Resilienz und der Problemlösungskompetenz bei den Betroffenen oder eine eventuelle Armutsbekämpfung durch spezifische Formen informeller Ökonomie wie Tauschringe oder Nachbarschaftshilfe.

Den AkteurInnen in der Armutsbekämpfung, darunter öffentliche Institutionen, Social Profit Organisationen wie auch die Armutsbetroffenen selbst, ist Abschnitt E gewidmet. Im umfangreichen Abschnitt F werden diverse Instrumente der Armutsbekämpfung vorgestellt und diskutiert. Darunter fallen Transferleistungen, die sich in Versicherungsleistungen, universalistische sowie bedarfsgeprüfte Leistungen gliedern lassen, ebenso wie Soziale Dienstleistungen, etwa im Bereich der Wohnungslosenhilfe. In Abschnitt G geht es um Armutsdiskurse und Bilder von Armut, in der Politik, der Öffentlichkeit sowie der Fachöffentlichkeit. Auch empirische Befunde zur Einstellung der ÖsterreicherInnen zum Wohlfahrtsstaat werden hier präsentiert. Abgeschlossen wird der Band mit einer Zwischenbilanz zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung sowie mit einem Ausblick der HerausgeberInnen auf künftige Herausforderungen bei der Bekämpfung von Armut. [hs]

*Nikolaus Dimmel, Martin Schenk, Christine Stelzer-Orthofer (Hg.): Handbuch Armut in Österreich Zweite, vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage*

*Studienverlag, Innsbruck 2014  
1003 Seiten, EUR 49,90*

## Vom achtsamen Umgang mit der Natur

Ganzheitliches Denken wird heute gerne als Antwort auf das lange Zeit vorherrschende partikulare Denken – speziell der Naturwissenschaften – gesehen. Die Beachtung von externen Effekten, Interdependenzen und globalen Zusammenhängen soll die Fehler einer isolierten Betrachtung von Phänomenen korrigieren bzw. ersetzen. Wenden wir unseren Blick auf aktu-

elle, durch partikulares Denken (mit-)verursachte Trends wie die fortschreitende Umweltzerstörung und Ressourcenvergeudung, die sich u.a. im Klimawandel manifestieren, so haben die Bestrebungen, die Welt und ihre Erscheinungen ganzheitlich zu betrachten, sicherlich ihre Berechtigung. Und es ist das Verdienst von Alexandra Gusetti, den Wurzeln und historischen Vorläufern holistischen Denkens auf die Spur gegangen zu sein. Diese Suche findet ihren Niederschlag in der vorliegenden Publikation, die eine gut lesbare und übersichtlich gestaltete Version von Gusettis Dissertation darstellt und es insofern auch philosophischen Laien ermöglicht, sich dieser relativ komplexen Thematik zu nähern.

Das Buch, das Ende Juni in der Landesbibliothek Linz präsentiert wurde, besteht aus drei Teilen: Im ersten Abschnitt beschreibt Gusetti die historische Entwicklung ganzheitlichen Denkens von den entsprechenden Ansätzen bei den Vorsokratikern über die Renaissancedenker Giordano Bruno und Baruch de Spinoza, die deutsche Romantik (Hölderlin, Novalis) bis hin zum ganzheitlichen Naturdenken in den Wissenschaften des 19. und frühen 20. Jahrhunderts sowie zu aktuellen ökologischen Ansätzen, die auf eine Verbindung von Naturphilosophie und Ethik abzielen. Im zweiten Abschnitt wird ein Zwischenresümee aus den geschichtlichen Erkundungen gezogen und im dritten Abschnitt wird versucht, „Natur zeitgemäß zu denken“ respektive den Weg in eine „inklusive Naturphilosophie“ zu beschreiten. In diese soll auch der Mensch mit eingeschlossen sein und dem „Vernetzungscharakter des Naturgefüges“ dabei Rechnung getragen werden. Die Autorin wendet sich damit gegen den neuzeitlichen Dualismus Mensch versus Natur, wie er etwa von Descartes formuliert wurde, und somit gegen eine Hierarchisierung, die den Menschen über die anderen Erscheinungsformen stellt.

Dies wirkt grundsätzlich sympathisch, insbesondere der egalitäre Impetus, der dieser Konzeption zugrunde liegt. Von einem nicht-materialistischen Standpunkt aus könnte man einwenden, dass Gusetti auch den menschlichen Geist als bloßes Naturphänomen ansieht und sie zudem (konsequenterweise) nicht zwischen belebter und unbelebter Natur differenziert. Außer Acht bleibt bei dieser Konzeption vor allem, dass sich der Mensch gerade durch sein bewusstes Eingreifen in die natürlichen Gegebenheiten definiert; und dass es letztlich darum geht, wie diese Eingriffe künftig gestaltet werden: ob man auf dem bislang beschrittenen, letztlich selbstzerstörerischen Weg weiterfährt, oder ob man sich – durchaus im holistischen

Sinn und somit wohl auch im Sinne der Autorin – auf ein Handeln besinnt, das die Auswirkungen auf und die Wechselwirkungen mit der Umwelt mitbedenkt und einen entsprechend sorgsam Umgang mit dieser pflegt. Dazu muss man sich – so zumindest die Meinung des Rezensenten – nicht unbedingt „kopfüber in die Natur“ stürzen bzw. in dieser gedanklich aufgehen; es sollte vielmehr genügen, wenn man einen klaren Kopf behält und der Mensch als Natur gestaltendes Wesen seiner damit einhergehenden Verantwortung endlich Rechnung trägt. [hs]

*Alexandra Gusetti: Kopfüber in die Natur  
Können wir lernen Natur zu sein?  
Verlag Der blaue Reiter, Hannover 2014  
263 Seiten, EUR 34,90*

### Aktuelle Konzepte in den Erziehungswissenschaften

Heterogenität, Intersektionalität und Diversity sind wichtige Trendthemen der Erziehungswissenschaft. „Für das Studium und die Praxis ist es heute zentral, diese pädagogischen Konzepte zu verstehen und die Begriffe richtig verwenden zu können“, sagt Katharina Walgenbach, Professorin für Gender und Diversity an der Bergischen Universität Wuppertal. In ihrem neuen Lehrbuch „Heterogenität – Intersektionalität – Diversity in der Erziehungswissenschaft“ erläutert sie die Herkunft der Themen und gibt einen Überblick über aktuelle Debatten und Anwendungsbereiche.

„Die pädagogischen Konzepte stammen aus unterschiedlichen Teildisziplinen: Heterogenität wird primär in der Schul- und der interkulturellen Pädagogik verhandelt, Intersektionalität in der Geschlechterpädagogik, Diversity insbesondere in der Sozial- und interkulturellen Pädagogik“, so Walgenbach. In ihrem Buch schafft sie Klarheit in der Begriffskonfusion und begünstigt damit die richtige Anwendung in Studium und pädagogischer Praxis.

Katharina Walgenbach studierte Pädagogik, Soziologie und Wirtschaft/Politik an der Pädagogischen Hochschule Kiel. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Soziale Heterogenität, Geschlechterforschung, Bildung und soziale Ungleichheiten sowie Jugendforschung.

*Katharina Walgenbach:  
Heterogenität – Intersektionalität – Diversity in der  
Erziehungswissenschaft  
UTB, Stuttgart 2014  
143 Seiten, EUR 19,99*

### **Tagesvater meets Mechatronikerin – Aufbruch zu mehr beruflicher Vielfalt**

Trotz vieler Veränderungen am Arbeitsmarkt ist nach wie vor eine deutliche Spaltung zwischen typischen Frauen- und Männerberufen zu erkennen. Die genderspezifische Segregation am Arbeitsmarkt gründet unter anderem auf einer traditionellen Wertevermittlung in Bildung und Berufsberatung. Die Veranstaltung zeigt diese Dynamik sowie bereits bestehende Initiativen und Beispiele guter Praxis zum Übergangmanagement an der Schnittstelle Schule–Beruf auf und leistet damit einen Beitrag zu mehr beruflicher Vielfalt.

*Termin:* 18. September 2014, 9.00 – 16.45 Uhr  
*Ort:* Kardinal-König-Haus, Kardinal-König-Platz 3, 1130 Wien  
*Information:* [www.abif.at](http://www.abif.at)

### **Health Literacy als Basiskompetenz**

Im deutschsprachigen Raum wird der Begriff Health Literacy üblicherweise durch Termini wie Gesundheitsalphabetisierung, Gesundheitsbildung, Gesundheitsmündigkeit oder Gesundheitskompetenz ersetzt. Bei der Tagung sollen die verschiedenen Bedeutungen, Ziele und Möglichkeiten von Health Literacy in unterschiedlichen Bereichen beleuchtet und dabei auch die soziologischen Perspektiven hervorgehoben werden. Entsprechende Überlegungen, Strategien und Maßnahmen werden vorgestellt und diskutiert.

*Termin und Ort:* 18. – 19. September; Fachhochschule Kärnten, Standort Villach

### **Sorge–Arbeit in der Krise**

Infolge von Finanz- und Wirtschaftskrise sind nicht etwa Konjunkturpakete für den Care-Sektor geschnürt worden. Es setzen vielmehr Sparkonzepte gerade auch im Bereich der Sorgearbeit an und haben so eine „Care-Krise“ nach sich gezogen, die vor dem Hintergrund eines internationalen Arbeitsmarktes noch zusätzlich verschärft wird. Was sind die gesellschaftspolitischen, ökonomischen und ethischen Voraussetzungen des Care-Regimes, wie wir es in Österreich kennen? Wie kann Sorgearbeit so organisiert und zu bewertet werden, dass Menschen menschenwürdig versorgt sind, ohne dass es zur Ausbeutung der Sorgenden, vorwiegend Frauen, kommt?

*Termin:* 19. September 2014, 16.00 – 21.00 Uhr  
*Ort:* Arbeiterkammer St. Pölten, Gewerkschaftsplatz 2, 3100 St. Pölten  
*Information, Anmeldung:* Tel. 02742 3243373; [kfb.stpoelten@kirche.at](mailto:kfb.stpoelten@kirche.at); [www.frauenoekumene.at](http://www.frauenoekumene.at)

### **Migration im Fokus? Plädoyer für eine reflexive Migrationsforschung**

Bei der 3. Jahrestagung zu Migrations- und Integrationsforschung in Österreich werden in diversen Panels u.a. folgende Themen behandelt: Bildungsungleichheiten von Jugendlichen in der österreichischen Migrationsgesellschaft; Möglichkeiten und Rechte von MigrantInnen am Arbeitsmarkt; Zuwanderung und urbane Transformation; Migration, Medizin und Gesundheit; Migration und Gender; Mehrsprachigkeit und Sprachkompetenz; Abschiebe- und Rückkehrpolitik in Europa; Asyl und Menschenrechte.

*Termin:* 22. – 23. September 2014  
*Ort:* Österreichische Akademie der Wissenschaften, Dr. Ignaz Seipl Platz, 1010 Wien

### **Organisierte Zivilgesellschaft: Widerstand – Dienstleistung – Demokratisierung**

Die Hoffnung vieler BürgerInnen liegt in der wachsenden Bedeutung der Zivilgesellschaft als einer gesellschaftlichen Ergänzung und Alternative zum Staat. Inwieweit diese Hoffnung gerechtfertigt ist und worin die Vorteile zivilgesellschaftlichen Engagements liegen, thematisiert die vom Institut für Organisationsentwicklung und Gruppendynamik organisierte Tagung.

*Termin:* 26. September 2014  
*Ort:* Palais Strudlhof, Pasteurgasse 1, 1090 Wien

# kontraste

## Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz.

Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion KONTRASTE:

Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

### Herausgeber, Medieninhaber, Verleger:

Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Johannes Kepler Universität Linz (JKU), Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

### Erscheinungsweise:

8 Ausgaben pro Jahr

### Redaktionsadresse:

kontraste: JKU Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Tel. 0732 2468 7168

Mail: [hansjoerg.seckauer@jku.at](mailto:hansjoerg.seckauer@jku.at)

Web: <http://www.gespol.jku.at/> Menüpunkt Kontraste

Aboservice, Sekretariat: Irene Perndorfer, Tel. 0732 2468 7161

Fax DW 7172 Mail: [irene.perndorfer@jku.at](mailto:irene.perndorfer@jku.at)

### Redaktionsteam:

Mag. Hansjörg Seckauer (hs), Dr. Christine Stelzer-Orthofer (cso), Dr. Bettina Leibetseder (bl), Dr. Susanna Rothmayer (sr), Dr. Angela Wegscheider (aw)

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte, die Redaktion behält sich jedoch das Recht auf Kürzung und Entscheidung über die Veröffentlichung vor. Redaktionsschluss ist jeweils der 20. des Vormonats. Namentlich gekennzeichnete Beiträge können, müssen aber nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

### Wissenschaftliche Beratung:

Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer, MEP

Em. Univ. Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss

a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Schuster

Dr. Brigitte Kepplinger

### Lektorat; Satz:

Mag. Hansjörg Seckauer

### Grafisches Konzept:

Mag. Gerti Plöchl

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Abonnements und Mitgliedsbeiträgen: Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70; StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30; Einzelheft EUR 6,70; Referierte Ausgabe EUR 18,70  
Alle Preise inklusive Versand.  
Gratis Probeabo für drei Monate  
Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

### Bankverbindung:

Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453

BIC: ASPKAT2LXXX, IBAN: AT97 2032 0075 0000 2453

